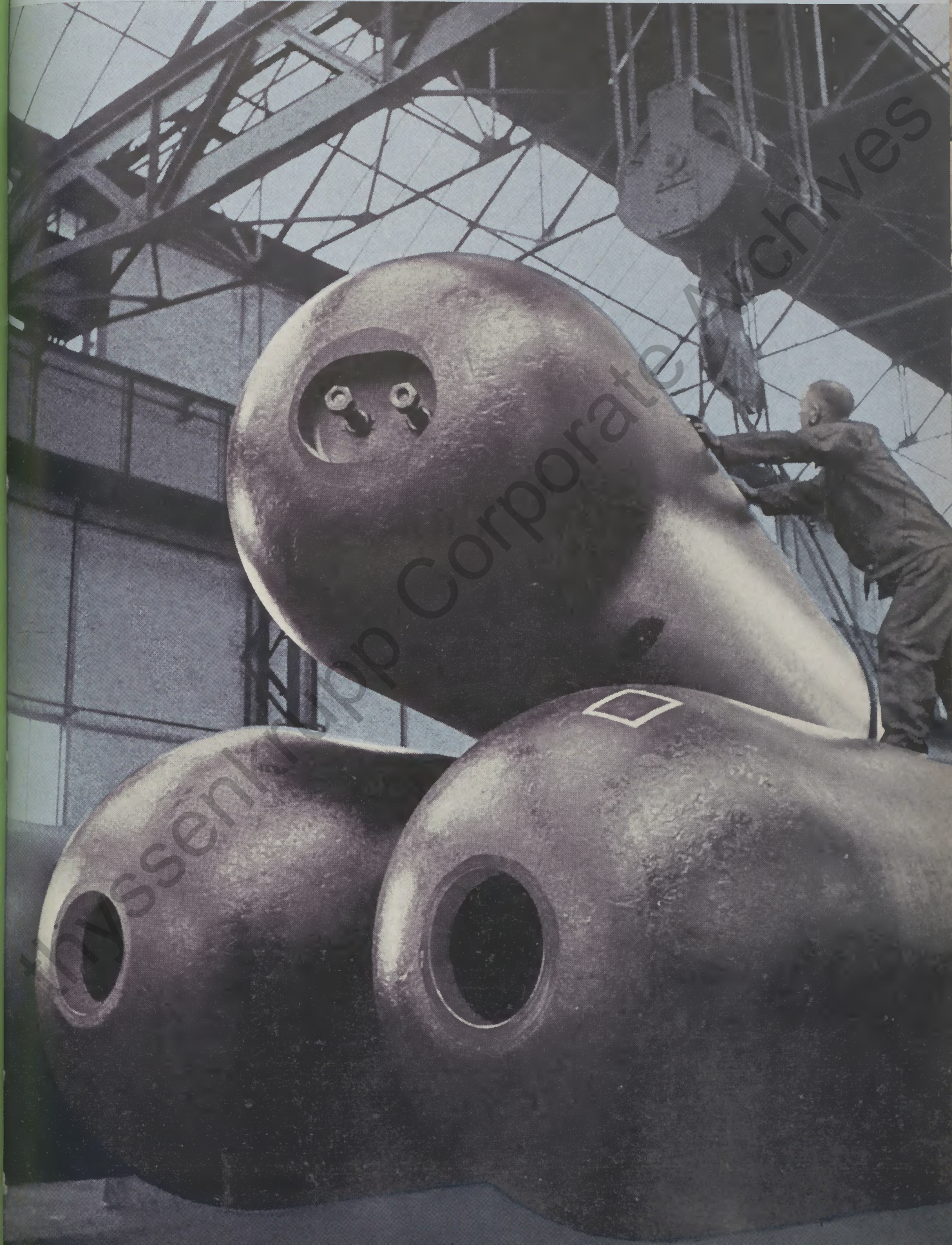


Nur für Betriebsangehörige

WERKMITTEILUNGEN

STAHL- UND RÖHRENWERK REISHOLZ GMBH. DÜSSELDORF-REISHOLZ
NR. 33 OKTOBER 1958



Vor unserer Tür

Wie alles auf der Welt wurde auch diese Straße geboren. Man gab ihr den Namen Weg. Neue Wege sind beschwerlich. Das erfuhren auch die Pferdefuhrwerke, die nach einer längeren Regenperiode bis an die Achsen im Schlamm versanken. Oft dauerte es dann Stunden, bis so ein Wagen wieder flott gemacht werden konnte, und nicht selten bekam die gezügelte, hilflose Kreatur den Ärger des Fuhrmannes „schlagartig“ zu spüren. Die wenigen Fußgänger, die normalerweise den Weg benutzten, zogen es an solchen Tagen vor, durch den sich an einer Seite hinziehenden Wald zu gehen. An Sommertagen bot sich dem Auge das umgekehrte Bild. Die Räder der Gespanne und die Strahlen der Sonne hatten den Morast in schmutzig grauen Staub verwandelt. Barfüßige Kinder gingen mit wohligem Gefühl durch den mehlartigen Sand, in den sie nach jedem Schritt bis an die Knöchel versanken. Durch die Errichtung von Firmen und Werkstätten wuchs die Bedeutung dieses unmöglichen Weges, der durch Schaffung eines steinigen Untergrundes fortan den Namen „Straße“ führen durfte. Gold lag nun auf dieser Straße. Waren bisher die verlorengegangenen Kugellager der 1 PS-Motore in Staub und Schlamm versunken, so erschloß sich jetzt der naturverbundenen, landwirtschaftlich interessierten Jugend ein neues Betätigungsfeld. In selbstgezimerten Wägelchen sammelten sie die goldenen Schätze für ihre kleinen Mistbeet-Treibhäuser.

Jahre gingen ins Land. Die Fahrbahn wurde einige Male aufgerissen. Man verlegte Kanäle, Rohrleitungen und Kabel, um den Bedürfnissen der sich ausdehnenden Industrie gerecht zu werden. Doch dann schritten eines Tages nigelbeschlagene Soldatenstiefel über den gleichen Grund, wo einst kleine nackte Füße verwischte Konturen im Sande hinterlassen hatten.

Die furchtbare Zeit des ersten Weltkrieges begann und verschonte auch unsere Straße nicht. Tiefe Schlaglöcher glichen schweren Wunden, die Menschen den Menschen geschlagen hatten. Erst längere Zeit nach dem großen Morden gab man der Straße ein neues besseres Gesicht. Auf den beiderseitigen Gehsteigen erfolgte die Anpflanzung von Lindenbäumen. Nach dem strahlenden Berliner Vorbild konnte man vielleicht später der Straße den Namen „Unter den Linden“ geben. Doch das unterblieb selbst nach Auflage einer Asphalt-Decke. Wirklichkeit wurde dagegen das Auto, das langsam aber sicher die Pferdegespanne aus dem Straßenbild verdrängte. Mechanisierte Bewegung wurde Trumpf und griff mit gebräunter Hand nach den Menschen. Bis zum Uhrschlag zwölf, tausend Jahre lang, wurde die Straße zum Schauplatz wilder Szenen. Danach glätteten sich die Züge des Asphalt-Spiegelbildes. Dem vielpferdigen Kraftwagen mußte das Individuum Pferd weichen und heute beherrscht nur noch ein Tier diese Straße: „Die (Auto-) Schlange.“ — So wandelte sich der Charakter einer Straße, die einst das gleiche ruhige Dasein geführt hatte wie der Mensch. Wer kann das von sich und der Henkelstraße heute noch sagen?

Josef Dederichs

Ein Blick auf den anderen Arbeitsplatz

DIPL.-ING. WERNER SAMTLEBEN

OHW

OBERBILKER HAMMERWERK

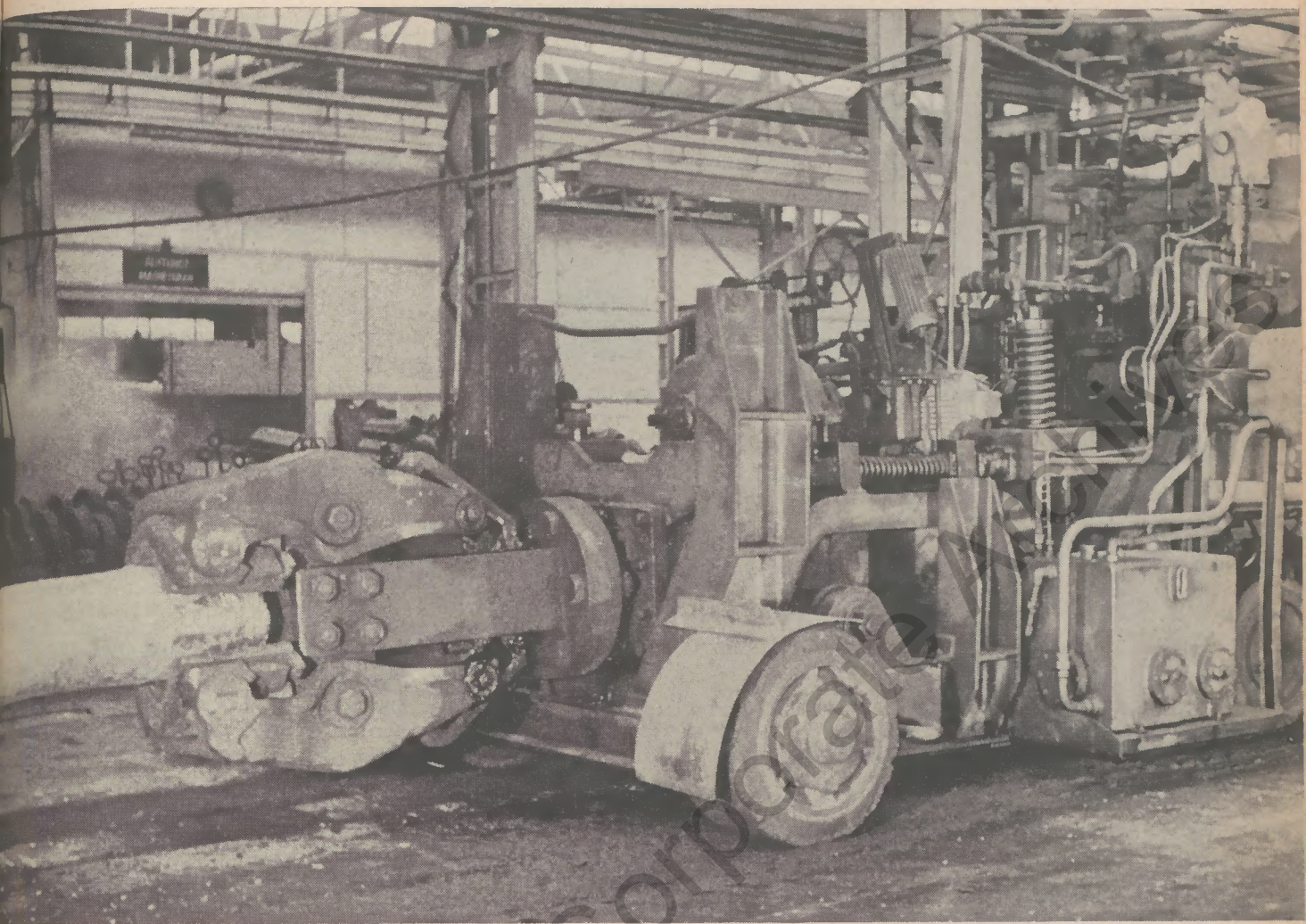
2. Folge

Es gibt einen schönen Spruch, der heißt: „Die kalten Schmiede kommen nicht in den Himmel!“ Mit anderen Worten: Wärme gut durch, ehe Du anfängst und wärme auch nach, wenn das Stück zu kalt wird, sonst schadest Du dem Material, den Maschinen, also den Hämmern und Pressen, schließlich Dir selbst, und wenn es nur wäre, daß Du Dich ärgerst, weil es gar nicht voran geht. Erstes Gebot ist also: die Wärme ausnützen. Eine große Hilfe sind hier die sogenannten Schmiedemanipulatoren, wie wir einen an der 1000-t-Pressen haben (Bild 1). Sie gestatten, schneller und bequemer zu schmieden und die Hitze wirklich auszunützen. Leider steigt der Preis dieser Geräte mit den größeren Blöcken sehr stark an, was begreiflich ist, denn schließlich müssen die „Mani“ so stark sein, daß sie die Blöcke am Schopf gepackt frei vor sich her tragen können.

Ein weiteres Hilfsmittel ist die sogenannte Schnellschmiedeeinrichtung. Hier dirigiert der Pressenführer — an manchen älteren Pressen mußte er der stärkste der ganzen Kolonne sein — mit zwei Fingern Drücke von 1000 t (Bild 2). Beim Fertigschmieden von Stabstahl arbeitet diese elektronisch gesteuerte Einrichtung sogar völlig automatisch und steuert je nach Wunsch 60, 80 und mehr Hübe in der Minute auf den Millimeter genau aus. Wer hätte noch vor wenigen Jahren gedacht, daß sich in einem so rauen Betrieb, wie ihn eine Schmiede nun mal darstellt, solche Feinmechanik finden würde.

Trotz dieser Hilfen können aber nur einfache Stücke, in erster Linie Stabstahl, „in einer Hitze“ geschmiedet werden, es sei denn, man kann bei großen Stückzahlen die Einrichtungen anpassen, wie das etwa in unserer

Titelbild: Geschmiedete Kesseltrommeln, ein Erzeugnis des Oberbilker Hammerwerkes



1 Schmiedemanipulator

Räderschmiede der Fall ist, auf die wir noch zurückkommen. Komplizierte oder hochlegierte Teile erfordern bis ca. 10 Hitzten.

Es gibt beim Schmieden vom Block zwei grundsätzliche Wege. Entweder nimmt man einen Block, der so groß ist, daß sein Querschnitt das 3—4fache des Schmiedestückquerschnitts beträgt, dann braucht man nur abzurecken, oder man nimmt einen Block, der gerade dem Gewicht des Stückes entspricht, nimmt also den kleinstmöglichen Block und staucht ihn soweit, daß beim anschließenden Recken die gewünschte 3—4fache Verschmiedung herauskommt. Im folgenden sind einige Schmiedeoperationen dargestellt.

Will man von einem großen Querschnitt auf einen kleineren übergehen, wie es im Bild 3 an einer Walze angedeutet ist, so muß man das Vorstück am Ansatz kerben. Hierzu schmiedet man eine runde Rille am ganzen Umfang vor (man „rollt ein“), kerbt dann mit einem Dreikant (Bild 4) nach (man

„setzt ein“) und schmiedet das abgesetzte Ende aus (Bild 3). Die verschiedensten Werkzeuge und Geräte sind für die Herstellung von schweren Hohlkörpern nötig (Bild 5—7). Unsere Werkstätten sind hier mit allem versehen. So haben wir z. B. eine Spezialpresse von 3000-t-Druck für das Zuziehen der Enden, das „Kümpeln“, wie es bei den Kesseltrommeln auf unserem Titelbild erfolgt ist (s. a. Bild 8). Ein anderer Vorgang ist das „Durchsetzen“; d. h. zwei Teile eines Stückes werden quer zur Achse gegeneinander verschoben (Bild 9), was häufig bei Kurbelwellen angewandt wird.

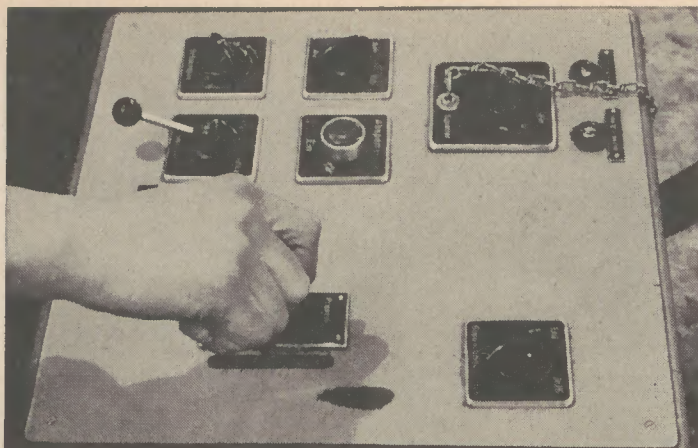
Die Wärme, die ein großes, gedrungenes Stück, wie es an unserer 5000-t-Presse geschmiedet wird, aufgenommen hat, hält etwa 2 Schmiedestunden vor. Dann haben die Männer eine Verschnaufpause verdient und wir sehen inzwischen nach, was mit den fertig geschmiedeten Teilen geschieht, denn da geschieht noch einiges.

Man kann die Stücke nämlich nicht ohne weiteres an die Luft legen und abkühlen lassen, so gern das der Terminjäger hätte — und mancher andere auch! — denn es gäbe Ausschuß über Ausschuß, und zwar aus folgenden Gründen:

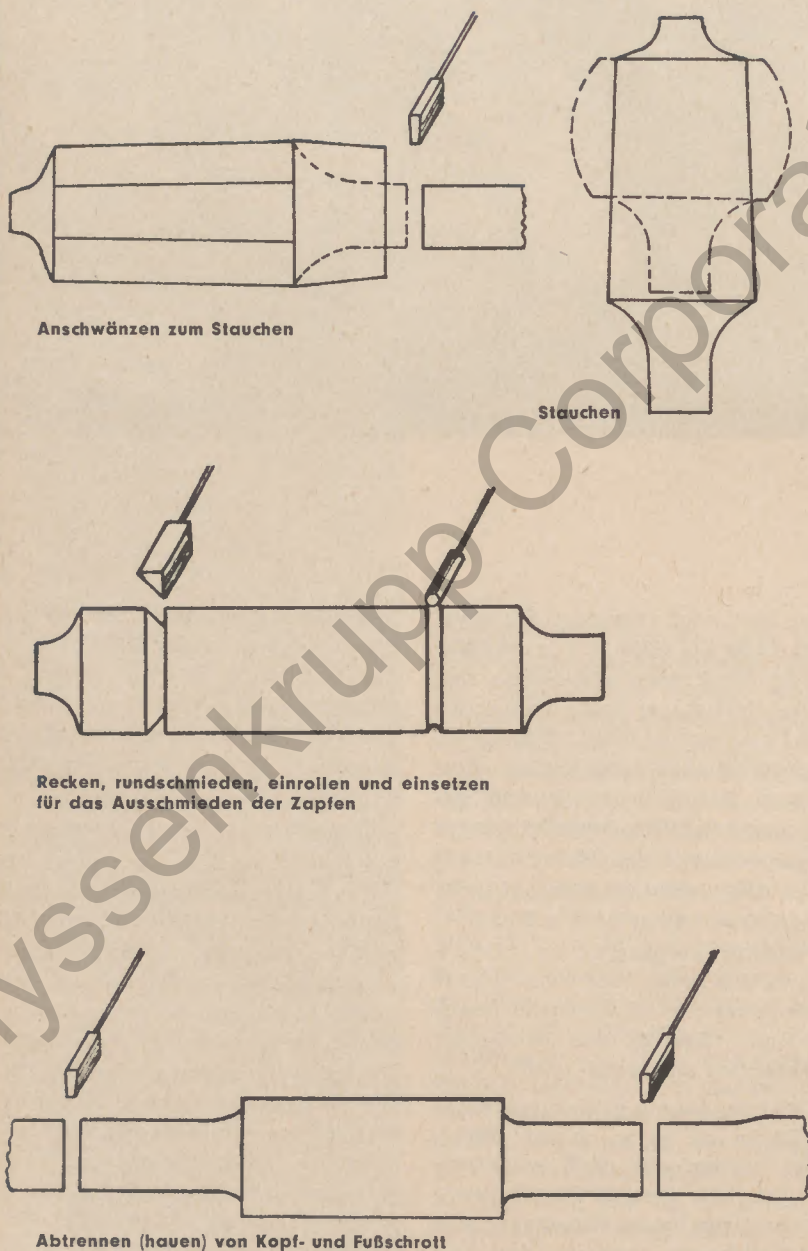
Wie wir wissen, zieht sich der Stahl bei seiner Abkühlung zusammen. Dabei entstehen Spannungen, weil die Abkühlung außen beginnt und innen sehr nachhinkt. Je schneller die Abkühlung und je größer der Querschnitt, desto größer der Temperaturunterschied und damit die Spannungen, die schließlich so groß werden können, daß das Stück reißt, manchmal regelrecht auseinanderfällt. Das wird noch gefährlicher bei Qualitäten, die infolge ihres Legierungsgehaltes schon bei Luftabkühlung härten. Selbst wenn noch keine Risse entstehen, wird zumindest ihre mechanische Bearbeitung sehr erschwert. Schließlich befindet sich vom Schmelzen her noch Gas im Stahl, das bei der

2

Steuerstand
einer Presse
mit Schnell-
schmiede-
einrichtung



3



Anschwänzen zum Stauchen

Stauchen

Recken, rundschiessen, einrollen und einsetzen
für das Ausschmieden der Zapfen

Abtrennen (hauen) von Kopf- und Fußschrott

Abkühlung entweichen will, aber nicht schnell genug einen Weg findet. Dabei vermag es im Inneren der Stücke so hohe Drücke zu erzeugen, daß viele kleine Risse entstehen können.

Was ist zu tun?

Zunächst wird man langsam unter Sand oder im Ofen abkühlen. Das reicht aber nur selten aus. Man muß vielmehr nach ganz bestimmten Vorschriften glühen, die sich auf Grund jahrelanger Erfahrungen und systematischer Untersuchungen — eine besondere Stärke unserer Versuchsanstalt — ergeben haben und die u. a. von Werkstoff, Gestalt des Stückes und dem analysierten Gasgehalt des flüssigen Stahles der jeweiligen Schmelze abhängen.

Bei besonders heiklen Stücken kann die abschließende Glühung bis zu 2½ Monaten dauern. Dafür hat der so behandelte Stahl dann nur noch einen Gasrest, wie er beim Vakuumguß auch nicht niedriger ist. Letzterer ist aber wegen seiner Vorteile hinsichtlich der Liefertermine auch für uns interessant und wird jetzt ebenfalls angewandt. Die Schlußabkühlung geschieht nach Lage der Dinge, wie schon erwähnt, auch unter Sand. Zahlreiche Temperaturschreibgeräte halten den Glüh- und Abkühlverlauf fest. Die erkalteten Stücke werden entzündert, geputzt, ausgemessen, registriert und an die nachfolgenden Betriebe abgegeben.

Um diesen Ablauf zu gewährleisten, sind eine ganze Reihe Hilfsstellen notwendig. Da sind zum Beispiel die „Erhaltungsbetriebe“ zu nennen, deren Arbeit die Produktivität stark beeinflußt. Die ihnen zugeordnete Transportabteilung bewältigt über die Schiene monatlich rund 35 000 t Umschlag, die Leistung durch Lastkraftwagen nicht mitgerechnet. Für die räumlichen Verhältnisse in Oberbilk eine beachtliche Leistung.

Hier soll ausdrücklich auch die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem Stahlwerk erwähnt werden, die es ermöglicht, schnell auf Programmverschiebungen, Störungen usw. zu reagieren.

Weiter sei das weite Feld der Prüfung und Kontrolle gestreift, das sich über den ganzen Ablauf erstreckt, angefangen bei der chemischen Analyse über kontinuierliche Temperaturkontrolle, wiederholte Ultraschallprüfungen, Röntgen- und andere Durchstrahlungsprüfungen, Festigkeitsprüfungen, Magnetofluxuntersuchung, Beizproben bis

zur abschließenden Warmlaufprobe am fertigen Stück, die bei Temperaturen bis zu 600° C nur eine Warmexzentrizität von höchstens 0,025 mm zuläßt.
Wird fortgesetzt

Was find' ich in der Fachbücherei?

Nr. 11/5 I
Müller, E.
Hydraulische Schmiedepressen und Kraftwasseranlagen, Konstruktion und Berechnung
Zweite, verbesserte Auflage, 167 Abbildungen, 208 Seiten, 1952

Inhaltsverzeichnis:

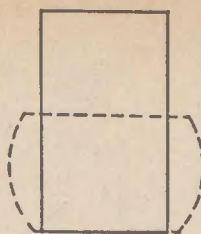
Schmiedepressen — Kraftwasser- oder Preßwasserförderanlagen — Steuerung — Hydraulische Rohrleitungen, Armaturen und Sammelbehälter — Konstruktions- und Berechnungsbeispiele — Allgemeines — Hilfsmaschinen für Schmiedepreßanlagen

Nr. 11/5 II
Müller, E.
Hydraulische Pressen und Druckflüssigkeitsanlagen
Pressen für die Herstellung und Verarbeitung von Rohren, Hohlkörpern, Platten und Blechen aus Stahl
Band II, 236 Abbildungen, 275 Seiten, 1955

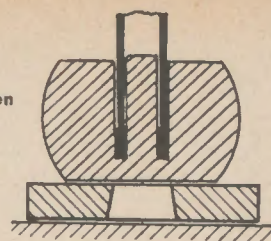
Inhaltsverzeichnis:

Hydraulische Pressen für die Rohr- und Hohlkörperherstellung — Hydraulische Pressen und Anlagen für die

Stauchen

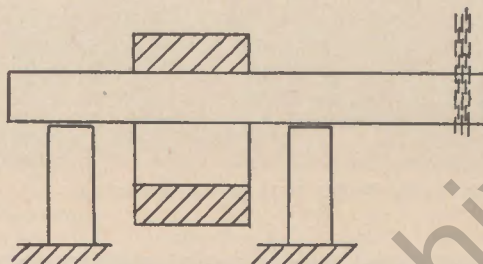


Lochen

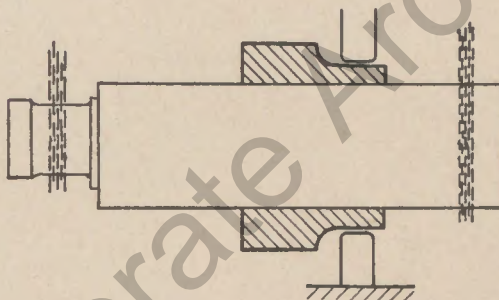


5

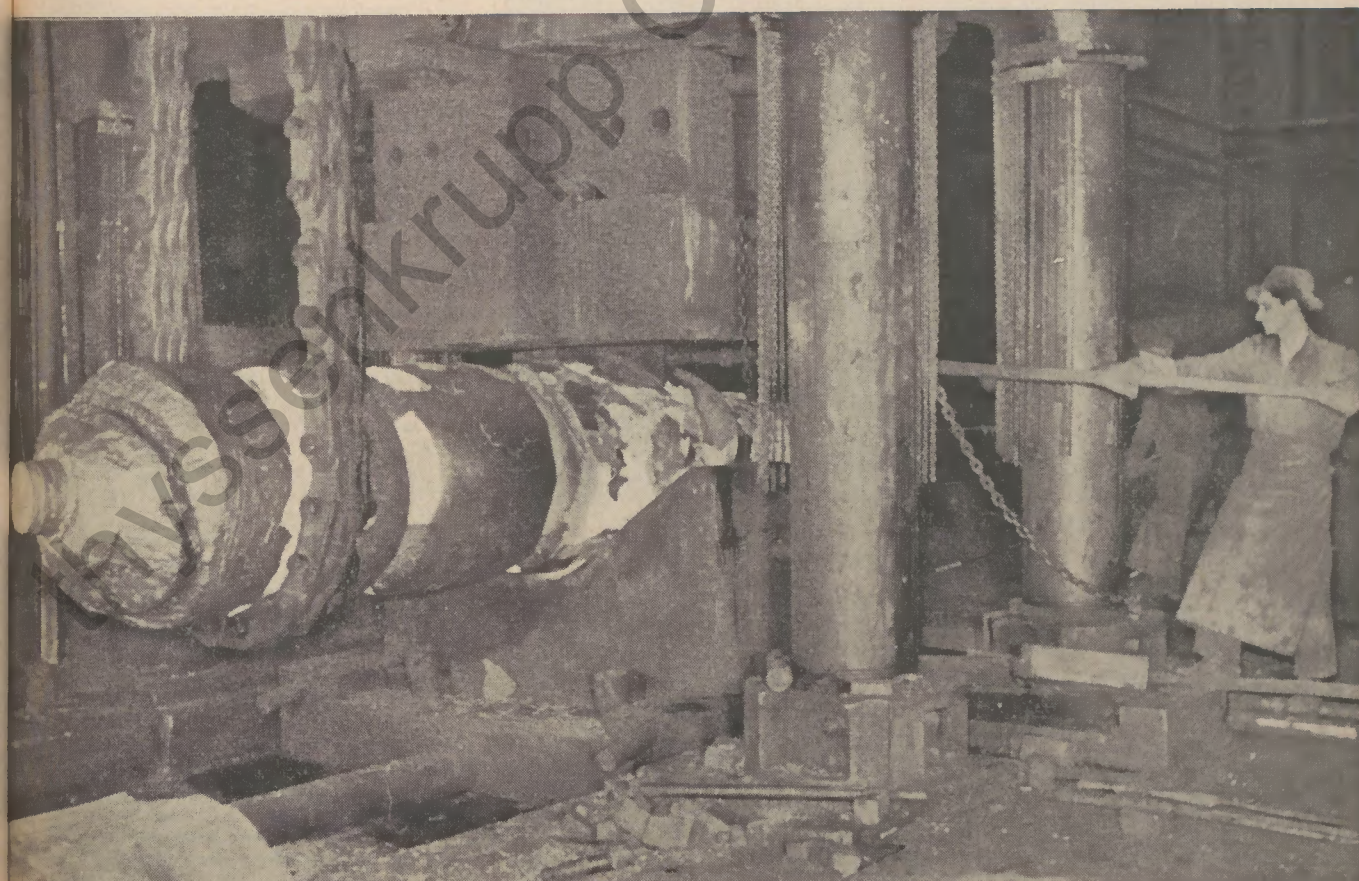
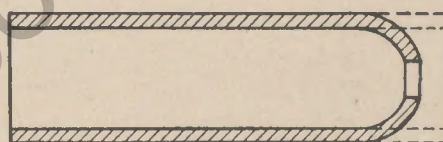
Weiten



Strecken

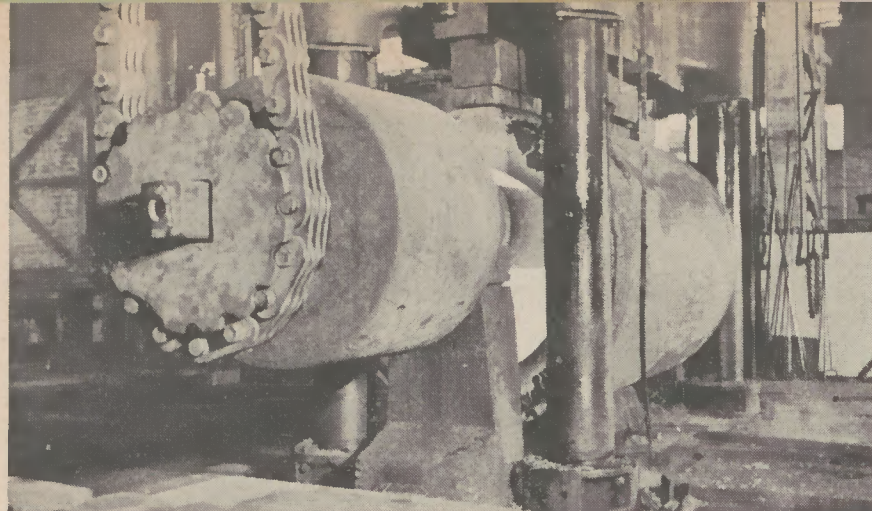


Kümpeln



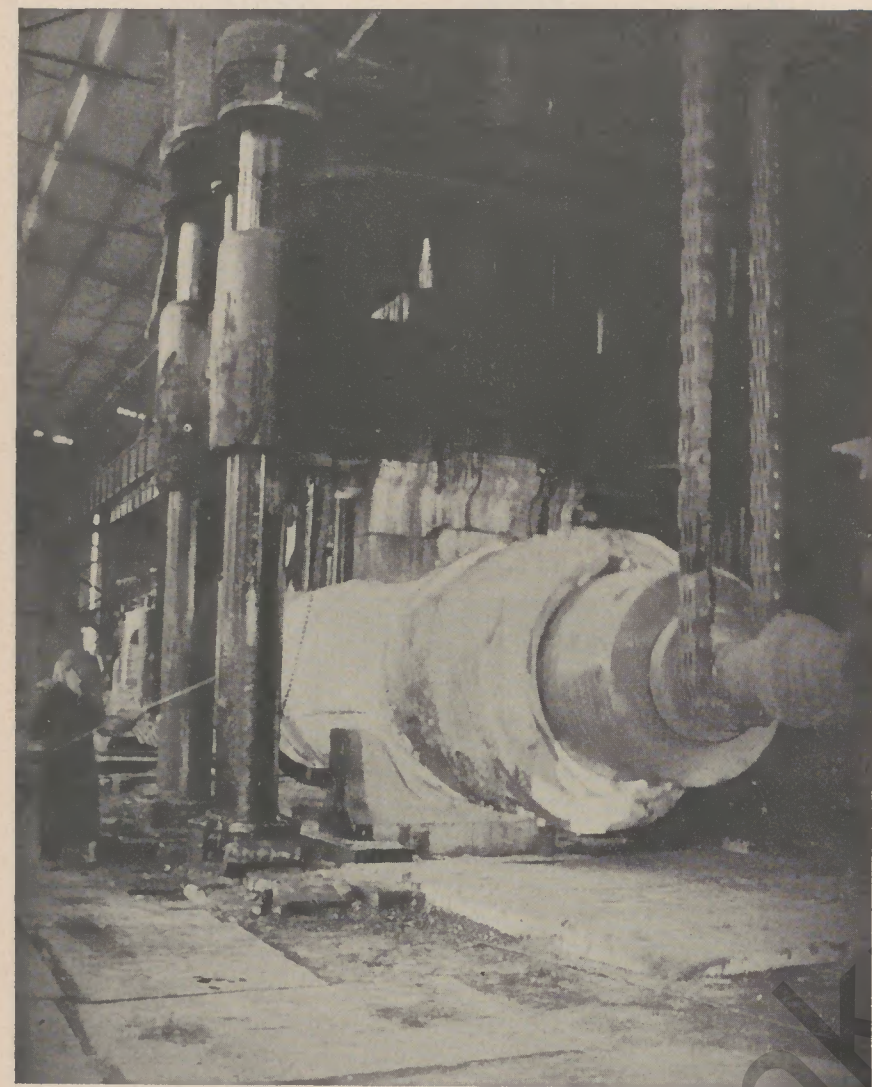
4

„Einsetzen“ einer Welle



Einrichtung für das Weiten eines gelochten Blockes

6



Schmieden eines großen Hohlkörpers

7



gegenhalten

9

Herstellung von Blechen und Umformung von Platten — Hydraulische Pressen für die Umformung von Kesselblechen, Schiffsblechen und Blechen für Fahrzeugteile und Behälter — Steuerungen, Akkumulatoren und Pumpen für den Betrieb hydraulischer Pressen

Verein deutscher Eisenhüttenleute
Gemeinfächliche Darstellung des Eisenhüttenwesens
Sechzehnte Auflage, 151 Abbildungen, 69 Tafeln, 581 Seiten, 1953
Inhaltsverzeichnis:
Was ist Eisen und Stahl? — Roh-

stoffe der Eisen schaffenden Industrie — Der Hochofen und seine Erzeugnisse — Die Stahlwerke — Die Formgebungsarbeiten — Das gemischte Eisenhüttenwerk — Eigenschaften und Prüfung der Eisenwerkstoffe — Wirtschaftliche Bedeutung des Eisenhüttengewerbes



WALTER WIEGARD:

Die Konjunkturdelle

In den letzten Monaten, vielmehr schon seit beinahe einem Jahr hatten wir Gelegenheit, u. a. gerade auch in der Röhrenbranche — um bei den direkten Belangen unseres Werkes zu bleiben — die freie Marktwirtschaft einmal von der Seite eines besonders stark ausgeprägten Käufermarktes zu erleben. Unter Berücksichtigung der auch noch auf anderen Sektoren in der Eisenschaffenden und Eisenverarbeitenden Industrie eingetretenen fühlbaren Auftragsrückgänge kann von einem allgemein starken Abschwächen der Konjunktur, einer sogenannten Konjunkturdelle gesprochen werden. Mit dieser Redewendung wird zum Ausdruck gebracht, daß es sich wohl nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Darüber hinaus sollte man sich aber doch mit dem Gedanken vertraut machen, daß sich mit dem Eintritt des Bedarfsrückganges nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch auf den übrigen freien europäischen Märkten und in Übersee ein gewisser Verbrauchsnormalisierungsprozeß anbahnt. Dieses Normalniveau kann jedoch durchaus höher als das der vergangenen Monate liegen.

Das Olfeldrohrgeschäft mit den USA beispielsweise hörte in unserem Dimensionsbereich auf dem nahtlosen Sektor schon Anfang des Sommers 1957 auf und gegen Ende des Jahres beruhigte sich auch das Großrohrgeschäft merklich. Damit wurden in Deutschland wie auch im übrigen Europa Kapazitäten frei, die nun in größerem Umfang für den inländischen Absatz und den Export in andere europäische Märkte ausgenutzt werden konnten. Da hier jedoch der Bedarf nicht entsprechend groß war und nicht unwesentlich auch in anderen Dimensionsbereichen und Rohrarten lag, machte sich bald ein gewisser Produktionsdruck auf den Markt bemerkbar. Nach dem Spiel von Angebot und Nachfrage, was auch heute noch, wie die jüngsten Erfahrungen lehren, zuweilen Gültigkeit hat, schließlich aber auch weil der Bedarf teilweise noch künstlich gestaut wurde und auch die Baukonjunktur überdies später als gewöhnlich anließ, gerieten die Preise ins Wanken und die Beschäftigungslage wurde unbefriedigend. Mehr als bisher und eine Zeitlang sogar in einem für unsere Verhältnisse keineswegs wünschenswerten Ausmaß wuchs der Exportanteil an unserer Produktion. Auch aus preislichen Gründen konnte die Entwicklung nicht sehr begrüßt werden, da wir mit unserem Programm keine Rohrarten berühren, die auf Grund ihrer Abmessungen und des Verwendungszweckes sowieso für den Export prädestiniert sind (große Olfeldrohre). Wir mußten also viel mehr als

bisher Material, welches vom inländischen Markt nicht mehr aufgenommen wurde, ausführen.

Die gleichen Beobachtungen bezüglich eines Produktions- bzw. Verbrauchsrückganges konnten auch in den anderen Abteilungen unseres Werkes und ganz allgemein auf anderen Gebieten festgestellt werden (Schrott, Roheisen, Stahlblöcke, Walzstahl, Kohle, aber auch teilweise die Textilindustrie u. a. m.). Bis zu jenem Zeitpunkt des nicht so stark erwarteten Konjunkturrückganges war viel Papier mit marktwirtschaftlichen Thesen und Themen über Vollbeschäftigung, Währungsstabilität, Investitionen etc. bedruckt worden. Damals ließ sich dies alles mit Geduld und unter dem Eindruck der geschwellten oder zumindest genügend gefüllten Auftragsbücher manchmal womöglich sogar ohne eigentliches Interesse lesen. Weder allgemein noch speziell möchte ich erneut das feststellen, was aus dieser Zeit in reichlichem Maße aus Aufsätzen der Tagespresse, aus Fachzeitschriften und ganzen Büchern entnommen werden kann. Auch in konjunkturmindernder Richtung hat die Presse zuweilen etwas zuviel getan und mit zu viel Aufwand und zu großen Schlagzeilen auf verschiedene auf dem US-Markt zu bemerkende Wehwehchen hingewiesen, so daß in bestimmten Verbraucherkreisen naturgemäß eine gewisse Zurückhaltung geübt wurde. Es hieß jedoch diese Umstände überschätzen, wenn man ihnen allzu wesentlichen Grund für die nachlassende Bestelltätigkeit zuschieben wollte. Wir hätten immerhin auch so Gelegenheit bekommen, plötzlich vielleicht gegen unseren Willen die Zusammenhänge zwischen Vollbeschäftigung, Preisen, Währungsstabilität, Beschäftigungspolitik der öffentlichen Hand und Investitionen praktisch vorgeführt zu bekommen. Gleichzeitig aber wurde bemerkenswerterweise für die Bundesrepublik die seit Jahren geringste Arbeitslosenziffer bekanntgegeben.

Weit gefehlt wäre es jedoch, heute schon irgendeine, wenn auch nur vorläufige Bilanz zu ziehen, da wir uns erst mitten in einem Prozeß befinden, der, was wir hoffen wollen, in ein etwas ruhigeres aber dafür stetiges Fahrwasser des Verbrauchs und der Beschäftigung führt. Die Folgen und neuen Voraussetzungen aus der Entwicklung des letzten halben Jahres haben uns jedoch zu mancherlei Überlegungen angeregt, und wenn es schließlich erst nach dem Blick in die Lohnkassette geschah. Vielleicht nahm diese marktwirtschaftliche Entwicklung manchmal die Entscheidung über sein Urlaubsziel oder die Anschaffung eines größeren Gegenstandes für den

Haushalt schon im voraus ab. Falsch wäre auch die Annahme, daß die jüngere Vergangenheit uns bereits den äußersten Blick in die unangenehmen Möglichkeiten mit ihren Folgen eines ausgedehnten wirtschaftlichen Umschwungs erlaubt hätte. Wenn sich unsere Beschäftigungslage auch wieder gebessert hat, so sollten wir bei der Beurteilung der Entwicklung für die nächste Zeit, zumal wir in die Wintermonate mit rückläufiger Baukonjunktur hineingehen, bedächtig sein, uns gleichzeitig aber auch auf die Frühjahrsbelebung des Geschäftes vorbereiten.

In den letzten Monaten ist uns das Wort „Konkurrenz“ oder „Wettbewerb“ so häufig begegnet wie nie zuvor. Keineswegs handelt es sich hierbei um ein Schlagwort ohne besondere Bedeutung, wie dies früher jahrelang mehr oder weniger der Fall gewesen sein mag. Keine leere Drohung, vielmehr eine feste Tatsache enthält dieses Wort, das Wettbewerbsfähigkeit in Form von Wendigkeit in der Erfüllung der Kundenwünsche, Qualität, Lieferzeit, Preisgünstigkeit bedeutet. Für uns heißt das: größtmögliche Anpassungsfähigkeit, Arbeitseifer, Wendigkeit, Tatkraft, Verantwortungsbewußtsein, Sparsamkeit und Verlässlichkeit noch mehr als bisher. Die Abnehmer unserer Erzeugnisse werden kritischer, die Gefahr von Beanstandungen wächst. Es wird so häufig behauptet, es käme auf jeden einzelnen an, daß man sozusagen nur mit Widerstreben diesen Ausdruck anwendet. Dennoch kommt es in der heutigen Lage tatsächlich auf jeden an und wenn dies beispielsweise nur durch Sparsamkeit im Verbrauch von Betriebsmitteln der Fall ist. Ob wir nun der Kontrolle des Wasserdruckversuches erhöhte Aufmerksamkeit schenken, eine Schweißung durchführen, oder eine Lieferübersicht für den Monat aufstellen, ob wir die Bestellungen der Kunden und deren Wünsche noch schneller als bisher dem Betrieb zuleiten und die zur Klärung eines Auftrages erforderlichen Rückfragen sofort in die Wege leiten, oder die Lagerkartei besonders kritisch beobachten, um bei geringerem Bestand noch genügend schlagkräftig zu sein; hier wie überall sollen wir mehr denn je auf das Gelingen unserer gemeinsamen Anstrengungen bedacht sein.

Alle tragen wir, jeder an seinem Platz, mit dazu bei, konkurrenzfähig zu sein, und uns selbst erhalten wir die Arbeitsmöglichkeit. Wir werden uns bestimmt noch längere Zeit auf eine besondere Wettbewerbsfähigkeit in allen ihren Spielarten einstellen müssen; was uns der Ablauf des nächsten

Jahres oder überhaupt die fernere Zukunft bringen wird, braucht hier nicht untersucht zu werden. Wir jedenfalls wollen uns auf weitere angespannte Arbeit gefaßt machen. Dann sollte uns nicht allzu Schlimmes geschehen können. Sicherlich müssen den fetten Jahren nicht unbedingt magere folgen. Gleichwohl wäre es wenig klug, sich auf eine sozusagen turnusbedingte Wende in Richtung Überbeschäftigung zu verlassen. Bisher ging es steil aufwärts. Wir sollten wünschen, daß wir uns konjunkturell auf einer gehobenen Ebene gradlinig waagrecht oder in bescheidenem Anstieg fortbewegen. Das bekommt auch unserem eigenen Geldsäckel am besten.

Im übrigen wollen wir uns eine möglichst wirklichkeitsnahe Beurteilung und entsprechende Erwartungen zu eigen machen und uns nicht ohne weiteres enttäuschen lassen, weder durch die wirtschaftliche Entwicklung, noch einer vom anderen, am wenigsten von uns selbst.

Wir sitzen in guten wie in angespannten Zeiten alle in einem Boot.

Was find' ich in der Fachbücherei?

Erhard, L.
Nr. 11/34
Wohlstand für alle
Bearbeitet von Wolfram Langer, 382 Seiten, 1. Auflage 1957
Inhaltsübersicht:
Der rote Faden — Die Geburt der Marktwirtschaft — Koreakrise und ihre Überwindung — Die Meisterung der Hochkonjunktur — Marktwirtschaft überwindet Planwirtschaft — Wirtschaftsminister, nicht Interessenvertreter — Kartelle, Feinde der Verbraucher — Der Wert unmittelbarer Meinungsäußerung — Marktwirtschaft ermöglicht gerechten Lohn — Verfügt Wohlstand zum Materialismus? — Psychologie um Mark und Preisen — Versorgungsstaat, der moderne Wahn — Rüstungs- und Marktwirtschaft — Politik nicht vom grünen Tisch — Station Europa — Der Phönix steigt aus der Asche — Ausblick: Zuversicht und Sorgen

Wilken, F.
Nr. 111/31
Selbstgestaltung der Wirtschaft
265 Seiten, 1949
Inhaltsverzeichnis:
Wesen und Grenzen der beiden neuzeitlichen Wirtschaftsordnungen — Die Gestaltung der Produktion nach dem Bedarf durch Assoziationen zwischen den Produzenten und den Trägern des Bedarfes — Assoziative Preisbildung — Betriebsassoziationen und Betriebsgemeinschaft — Die assoziative Verwaltung des Kapitals im Zusammenhange mit der Gestaltung des Geldwesens — Die Assoziationen der Wirtschaft und der Staat — Die Dreigliederung des sozialen Organismus

"JA"

ZUM VOLKSKAPITALISMUS?

Als wir im Sommer des vergangenen Jahres damit begannen, Material zusammenzutragen für einen Beitrag in unseren Werkmitteilungen, der sich mit der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln in der Hand der Arbeitnehmer befassen sollte, waren die Meinungen über die Zweckmäßigkeit recht geteilt. Man hielt das Interesse unserer Leser an dem Komplex „Volkskapitalismus“ für nicht so groß, als daß dies ein Thema für unsere Werkzeitung sein könnte. Beobachtet man aber, wie in der zurückliegenden Zeit von den verschiedensten Seiten immer wieder Stellung dazu genommen wurde, dann kann man nicht mehr an der Feststellung vorbei, daß hier ein Problem im sozialen Raum steht und eine zeitgemäße Lösung verlangt. Das Europäische Gespräch in Recklinghausen zum Thema „Macht und Ohnmacht des Eigentums“ mußte als Bestätigung unseres im vergangenen Jahre gefaßten Entschlusses empfunden werden.

Dem Anliegen unserer Werkmitteilungen, nämlich Material für eine Meinungsbildung zu liefern, bei der der Einzelne aus der Einsicht in die Betrachtungsweise anderer für sich selbst einen Standpunkt finden soll, tragen wir auch dieses Mal wieder Rechnung, und erfüllen damit zugleich den Leserwunsch auf Seite 61 dieser Ausgabe.

Die Verpflichtung hierzu erscheint uns noch stärker, nachdem der Vorsitzende der Gewerkschaft Holz, Heinz Seger, in „Welt der Arbeit“ den Ausführungen des Wirtschaftsexperten der SPD, Dr. Deist, entgegentrat, der auf dem letzten Parteitag fragte: „Ist es in der modernen Wirtschaft wirklich eine mögliche Vorstellung, daß über die Belegschaften der einzelnen Unternehmen eine Kontrolle über den Betrieb durchgeführt wird?“

Ohne uns in diese Auseinandersetzung einzuschalten, müssen wir folgendes herausstellen:

1. mitreden kann man nur, wo man aus Fach- und Sachkenntnis zuständig ist,
2. wir haben vor Jahren schon auf das Ergebnis einer Erhebung hingewiesen, nach der nur 6 Prozent der Zeitungsleser den Wirtschaftsteil lesen, und wir haben nicht den Eindruck, daß sich hieran inzwischen wesentliches geändert hätte,
3. wirtschaftliche Fragen können nicht gefühlsmäßig behandelt werden, sondern müssen durchdacht werden.

Hieraus ergibt sich für den Einzelnen zwingend, zum Lernen bereit zu sein, wenn er Anspruch auf das Mitbestimmen erheben will.

Produktionsmittel-Eigentum in Arbeitnehmerhand

von Dr. Karl Hinkel

Leiter der Abteilung Wirtschaft beim DGB. (Landesverband Niedersachsen)

Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die das Privateigentum als eines der Grundrechte der Menschen anerkennt und proklamiert, wird auf die Dauer nicht die breiten Schichten des Volkes vom Eigentum an den Produktionsmitteln ausschließen dürfen. Solange die Mehrzahl der Arbeitnehmer keinerlei Eigentum besitzt, steht über ihrem Arbeitnehmerdasein die Fremdbestimmung durch die Eigentümer an den Produktionsmitteln. Der Arbeitnehmer wird erst vollgültiges Glied der Wirtschafts-

gesellschaft, wenn er nicht mehr los und ledig von allen Produktionsmitteln der in wenigen Händen der zusammengefaßten Marktgewalt der Produktionsmitteleigentümer gegenübersteht.

Da der Arbeitnehmer bis zum heutigen Tage bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen benachteiligt ist, kann seine Heranführung zum Produktionsmitteleigentum nicht dem Lauf der Dinge und der allmählichen Erhöhung der Löhne und Gehälter überlassen bleiben. Denn die

vorhandene Benachteiligung tendiert dahin, den Arbeitnehmer immer weiter im Rückstand zu halten, solange nicht institutionelle Einrichtungen geschaffen werden, um den bisher Eigentumslosen den ihnen zukommenden Anteil am Eigentum zu verschaffen.

Ein Stück vom Schornstein der eine, ein Stück vom Kessel der andere

Man muß sich darüber klar sein, daß in der modernen Wirtschaft der Großbetriebe es nicht möglich ist, jedem Arbeitnehmer ein Stück Sacheigentum am Betrieb direkt zu übergeben. In der Zeit des Handwerks war es noch möglich, daß jeder einzelne Arbeitnehmer sein Werkzeug zu eigen hatte. Man kann aber einen modernen Großbetrieb in seiner gesamten Apparatur nicht so aufteilen, daß der eine ein Stück vom Schornstein und der andere ein Stück vom Dampfkessel oder von einer Werkzeugmaschine als Eigentum bekommt. In der großbetrieblichen Wirtschaft ist nur eine indirekte Beteiligung des Einzelnen am Produktionsmitteleigentum durchführbar, also in Form eines Anteilsscheines, einer Aktie oder irgend einer Form der Anteilnahme am Ganzen, ob das nun eine Art Teilhaberschaft an einem Unternehmen oder an einer Mehrzahl von Unternehmen darstellt. Es ist also nicht durchführbar, daß bei einer künftigen Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsmitteleigentum der Einzelne einen Betriebsteil in die Hand bekommt, von dem er sagt: dieses Stück ist mein Eigentum. Es ist vielmehr immer nur eine indirekte Art der Beteiligung möglich. Was nun die Vorschläge zu einer derartigen indirekten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsmitteleigentum betrifft, so geht die überwiegende Mehrzahl dieser Vorschläge vom einzelnen Unternehmen aus und erstrebt eine Beteiligung des einzelnen Arbeitnehmers an dem Unternehmen, in dem er arbeitet. Diese Lösung des Problems wird vom DGB und den ihm angeschlossenen Gewerkschaften abgelehnt, weil

hierdurch die Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom arbeitgebenden Unternehmen noch vergrößert würde; nicht nur hinsichtlich seines Arbeitsplatzes, sondern auch hinsichtlich des ihm zugewachsenen Eigentums- und Vermögensteiles hinge er ab von dem Unternehmen, in dem er arbeitet.

Eine allgemeine und umfassende Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsmitteleigentum muß also überbetrieblich organisiert werden. In diesem Sinne sagt auch Prof. v. Nell-Breuning: Das „Zentralproblem ist nicht die Verteilung des Erfolges, das Zentralproblem ist vielmehr der Anteil der verschiedenen Bevölkerungskreise am Sozialprodukt im ganzen“.

Die konkreten Vorschläge für eine überbetriebliche Form der Eigentumsbildung müssen in der Öffentlichkeit und auch im Rahmen der Gewerkschaften noch ausdiskutiert werden. Es geht dabei u. a. um den Gedanken, zusätzlich zu dem seitherigen Barlohn und -gehalt der Arbeitnehmer durch Verhandlung unter den Tarifpartnern einen neuen Lohn- und Gehaltsteil einzuführen (den man Investitionslohn bzw. -gehalt genannt hat), der zugunsten der einzelnen Arbeitnehmer bei einer Investmentbank eingezahlt wird, die ihrerseits die ihr zugehenden Gelder nach bankmäßigen Gesichtspunkten anlegt.

Indirekte Eigentumsbeteiligung

Das Eigentum der Arbeitnehmer an den Produktionsmitteln, wenn es zweckmäßig gestaltet und zur Erhöhung der Freiheit des einzelnen dienen soll, kann — wie wir bereits sahen — nicht ein direktes Eigentum, nicht eine körperliche Inbesitznahme einzelner Produktionsmittel sein, sondern es muß in Form einer indirekten Eigentumsbeteiligung gestaltet werden. Dieses Arbeitnehmer-eigentum darf aber auch nicht an ein einzelnes Unternehmen gebunden, sondern muß überbetrieblich gestaltet werden. Als Mittel hierzu kann unter Umständen das Instrument der Investmentbanken dienen. Das Investmentsparen bietet durch die Methode des Risikoausgleichs eine Möglichkeit, auch den Arbeit-

nehmer als Kleinsparer ohne Bindung an ein besonderes Unternehmen am Produktionsmitteleigentum zu beteiligen und ihm somit auch an dem Teil des ständig wachsenden Sozialprodukts, der wieder investiert werden muß, eine Beteiligung zu ermöglichen. Wie weit hier ein technisches Mittel gegeben ist für eine künftig zu erkämpfende überbetrieblich geordnete Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsmitteleigentum, muß in den Gewerkschaften noch untersucht werden. Es käme darauf an, daß tarifvertraglich als

Zuschlag zum Barlohn

ein Lohn- und Gehaltsteil vereinbart wird, der nicht bar ausgezahlt, sondern von Unternehmen an eine Investmentgesellschaft gezahlt wird, die diese Mittel zu Gunsten des einzelnen Arbeitnehmers wieder in der Industrie und auch in öffentlichen Investitionen (Wohnungsbau, Schulbau usw.) anlegt. Nehmen wir an, dieser zusätzliche Investitionslohn betrage 10 Prozent des Barlohns, so bedeutet das, daß der einzelne Arbeitnehmer 120 Prozent eines Monatseinkommens jährlich über Investmentbanken investiert und erspart und daß er in 45 Jahren eines Arbeitnehmerlebens vom 20. bis zum 65. Lebensjahr bei dem derzeitigen Nettoverdienst von durchschnittlich DM 302.— im Monat zu einem Eigentum von durchschnittlich 16 300 DM (unbeachtet der angefallenen Zinsen und Zinseszinsen) kommt.

Pro Jahr 6 Milliarden Arbeitnehmereigentum

Für die Arbeitnehmerschaft als Ganzes würde das bedeuten, daß bei der Nettolohn- und Gehaltssumme des Jahres 1955 von rund 61 Milliarden DM rund 6 Milliarden jährlich als Arbeitnehmereigentum investiert würden. Im Laufe von nur 20 Jahren wäre die Arbeitnehmerschaft mit 120 Milliarden DM am Produktionsmitteleigentum usw. der Bundesrepublik beteiligt. Niemand wird bezweifeln, daß diese Tatsache ökonomisch und gesellschaftlich von größter Bedeutung für die Stellung der Arbeitnehmer und für ihren Einfluß in Wirtschaft und Gesellschaft sein müßte.

Falls das Investmentsparen tatsächlich durch entsprechende gewerkschaftliche Zielsetzung im Rahmen der Arbeitnehmerschaft größeren Umfang annehmen sollte, werden die Gewerkschaften sich auch mit der Frage zu beschäftigen haben, wie die Interessen der Arbeitnehmer-Eigentümer in der Investmentgesellschaft selber und in der Hauptversammlung der Unternehmen, in denen die Investmentmittel angelegt sind, vertreten werden sollen.

Klarheit dürfte heute bereits darüber bestehen, daß eine ganze Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein müssen, wenn eine solche Eigentumsbeteiligung der Arbeitnehmer auf die Dauer gesellschaftlich zu Erfolgen führen soll:

Ein solcher Investitionslohn muß zusätzlichlicher Natur sein. Es darf also das Ringen der Arbeitnehmer um einen höheren Barlohn zwecks weiterer Ausdehnung des Konsums nicht gehemmt werden durch Maßnahmen zur Schaffung eines neuen Arbeitnehmereigentums.

Die Einführung eines solchen Investitionslohnes setzt voraus, daß die Arbeitnehmer bereit und in der Lage sind, diesen Eigentumsanteil über einen längeren Zeitraum hinaus anzulegen, also nicht zu konsumieren, sondern auf Dauer zu sparen. Deshalb ist es unerlässlich, daß die Investmentanteile für eine gewisse Zeit — drei bis fünf Jahre — gesperrt bleiben, nicht handelsfähig sind. Die Bereitschaft der Arbeitnehmer zu einer solchen Regelung kann erst vorausgesetzt werden, wenn der Baranteil an Lohn und Gehalt eine dem von den Beziehern höherer Einkommen vorgelebten Lebensstandard entsprechende Höhe erreicht hat, beispielsweise eine Höhe von 500.— bis 600.— DM im Monat.

Das setzt weiter voraus, daß die Vollbeschäftigung und die Vermeidung von Krisenrückschlägen durch geeignete Maßnahmen einer planmäßigen Vollbeschäftigungspolitik aller Voraussicht nach gesichert ist. Solange außerdem nicht Gewißheit besteht, daß die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer mit einer echten Erhöhung des Arbeitnehmereinkommens verbunden ist,

wird das Investmentsparen im Kreise der Arbeitnehmer nicht über gewisse Ansätze hinauskommen.

Eine banktechnische Maßnahme, wie die Einführung des Investmentsparens, kann das gewerkschaftliche Ringen um Überwindung der gesellschaftlichen Abhängigkeit der Arbeitnehmerschaft in keiner Weise ersetzen. Aber es bleibt die Frage, ob nicht in diesem gewerk-

schaftlichen Kampf um die Besserstellung und die Freiheit des Arbeitnehmers ein zusätzlicher Investitionslohn ein Mittel des Fortschritts werden könnte. Es geht dabei nicht nur darum, dem Arbeitnehmer ein persönlich und frei verfügbares Eigentum zu schaffen, sondern es geht darum, die monopolartige Machtstellung der Unternehmenseigentümer von heute zu brechen.

Eigentum in Arbeiterhand erledigt nicht die Frage der Sozialisierung

von Professor Dr. Gilbert Corman O. P.

am Commende Institut für katholische Sozialarbeit

Wir haben heute eine Verteilung der Einkommen und des Eigentums, wodurch die Einrichtung des Privateigentums gefährdet ist und der Bestand einer freiheitlichen Ordnung bedroht wird.

Denn einer überwiegenden Mehrheit ist der Zugang zum Eigentum an Produktionsmitteln kaum möglich und es verbleibt lediglich der Zugang zum Eigentum an mehr oder weniger kurzlebigen Gebrauchsgütern.

Dadurch werden die eigentumslosen Massen daran gewöhnt, im Eigentum schlechthin eine ihnen feindliche Einrichtung zu sehen. Es ist beängstigend, wie sehr sich weite Abnehmerkreise mit dem Zustand der Eigentumslosigkeit abgefunden haben und das Streben nach Eigentum fast erstickt ist oder man sich mit dem Besitz an kurzlebigen Gebrauchsgütern zufrieden gibt.

I.

Karl Marx sah seinerzeit im Privateigentum an den Produktionsmitteln die entscheidende Ursache der Fehlentwicklung, die zur Selbstentfremdung und Unfreiheit des Menschen geführt habe. Aus dieser Einsicht leitete er das Heilmittel für die sozialen Übel ab: die Überführung der Produktionsmittel aus Privateigentum in Gemeineigentum: die „Sozialisierung“.

Sie hat als allgemeine Total- oder Systemsozialisierung nicht die Lage der Arbeiterschaft gebessert. Sie hat zu neuen Formen der Ausbeutung des Menschen — nun durch den Staatskapitalismus — geführt. Diese Erfahrungen haben veranlaßt, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Sozialisierung von Fall zu Fall zu prüfen. Bekanntlich sieht ja auch die katholische Soziallehre, die grundsätzlich an der Einrichtung des Privateigentums festhält, aus Gründen des Gemeinwohls eine „von Fall zu Fall“ Sozialisierung vor. So in der Enzyklika Quadragesimo Anno no. 114: „Mit vollem Recht kann man ja dafür eintreten, bestimmte Arten von Gütern der öffentlichen Hand

vorzubehalten, weil die mit ihnen verknüpfte übergroße Macht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls Privathänden nicht überantwortet bleiben kann.“

Der Unterschied zwischen der katholischen und der sozialistischen Begründung der Teilsozialisierung liegt in der verschiedenen grundsätzlichen Auffassung des Eigentums: Marx sieht im Privateigentum schlechthin die Gefährdung der Freiheit, deshalb Überführung in Gemeineigentum. Die katholische Soziallehre sieht in der falschen einseitigen Verteilung des Eigentums die Gefahr für den Bestand einer freiheitlichen Ordnung. Erst im Falle einer das Gemeinwohl gefährdenden Macht, hervorgerufen durch den Besitz bestimmter Güter, begründet die katholische Soziallehre als politischen Akt eine Sozialisierung.

Karl Marx und Quadragesimo Anno no. 114 gehen davon aus, daß Privateigentum gesellschaftliche Macht verleiht. Man ist sich aber sowohl auf sozialistischer wie christlicher Seite einig, daß Privateigentum keine Verfügungsgewalt über Menschen bedeuten soll. Tatsächlich hat sich heute die Verfügungsgewalt von den Eigentümern auf die Manager in den Kapitalgesellschaften verlagert. Das Eigentum ist weitgehend in dieser Hinsicht entfunktionalisiert, nicht die Eigentümer verfügen, sondern die Manager.

Ob sich das Aktienkapital über weite Kreise streut oder in der Hand weniger Eigentümer sich befindet, entscheidend bleiben die Manager, die das Kapital für die Eigentümer verwalten. Ob der Staat Träger der Eigentumsrechte ist oder eine Genossenschaft, in jedem Falle sind die Manager entscheidend, die von dem Eigentümer die Machtvollkommenheiten delegiert erhalten. Eine Änderung der juristischen Eigentumstitel ändert wenig an den Machtverhältnissen.

II.

Das heutige politische und wirtschaftliche Geschehen läßt sich nicht mehr auf wenige einheitliche Nenner

bringen wie im 19. Jahrhundert. Politik und Wirtschaft werden immer mehr voneinander abhängig. Höhere Steuerabgaben haben nicht nur den Zweck, Regierungsausgaben zu decken oder gar um die Einkommensverhältnisse neu zu ordnen, sondern auch zum Beispiel zu vermeiden, daß zu viel Geld in Umlauf gebracht und dadurch die Inflationsgefahr vergrößert wird.

Das politische und wirtschaftliche Geschehen ist heute unübersichtlich geworden. Die Zusammenhänge werden immer undurchdringlicher und komplizierter. Daher erklärt sich das Mißtrauen gegenüber diesen wirtschaftlichen und politischen Vorgängen der jüngsten Vergangenheit und die moralische Entrüstung, wenn irgendwelche Informationen über Umfang und Herkunft der Investitio-

nen an die Öffentlichkeit ergehen. Bekanntlich hat Westdeutschland seit 1948 sehr große Erträge erwirtschaftet und allein in Industrie und Gewerbe wohl gegen 60 Milliarden DM investiert, d. h. über den Ersatz des Kapitalverzehr hinaus. Davon stammen gegen 40 Milliarden DM aus unverteilten Erträgen der Unternehmungen, die übrigen 20 Milliarden DM aus verteilten Erträgen, sonstigen Einkommen und Kreditgewährung. „Es ist also nach alter Übung wohl so gut wie alles wieder ins Eigentum der Unternehmer und Kapitalbesitzer übergegangen.“ So Paul Jostock in seiner kleinen Schrift: „Das Sozialprodukt und seine Verteilung“ (Schriftenreihe der „Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland“, Paderborn 1955).

„Wohl haben die Arbeitnehmer einen schönen Lohn dabei verdient, aber ein gerechter Anteil am Ertrag, vor allem an den unverteilten Gewinnen, wurde ihnen vorenthalten. Bedenkt man, wie dringend die Reform unserer Vermögensverteilung ist, und welch einmalige Gelegenheit diese Nachkriegsentwicklung bot, so kann der Vorgang nur als ein Skandal bezeichnet werden, der nach Abhilfe schreit“ (Paul Jostock).

Ändert die Sozialisierung wesentlich etwas an den Sozialstrukturen, die den Bestand einer freiheitlichen Ordnung gefährden? Ändert hier etwas die Ausweitung der genossenschaftlich-gemeinwirtschaftlichen Formen im Stil der Produktiv- und Konsumgenossenschaften? Oder Eigentum in Arbeiterhand? Jede dieser Fragen schließt die andere aus. Eigentum in

Arbeiterhand erledigt nicht die Frage der Sozialisierung.

Bei einer Kapitalbildung durch Spareinlagen breiterer Bevölkerungsschichten braucht der genossenschaftlich-gemeinwirtschaftliche Sektor nicht zu kurz zu kommen. Es wäre fatal, wenn in der Diskussion das eine gegen das andere ausgespielt würde.

In jedem Falle müssen solche Maßnahmen, wie Teilsozialisierung, genossenschaftlich-gemeinwirtschaftlicher Ausbau der Wirtschaft und Eigentumsbildung in Arbeiterhand zum Ziel den Aufbau von Sozialstrukturen haben, die das freie einträchtige Zusammenleben in einer Gesellschaft gewährleisten. Das ist entscheidend über den Wert und Unwert dieser Maßnahmen.

III.

Quadragesimo Anno (no. 57) meint, daß „keineswegs jede beliebige Güter- und Reichumsverteilung den gottgewollten Zweck in befriedigendem Maße erreichen läßt. Darum müssen die Anteile der verschiedenen Menschen und gesellschaftlichen Klassen an der mit dem Fortschritt des Gesellschaftsprozesses der Wirtschaft ständig wachsenden Güterfülle so bemessen werden, daß der allgemeine Nutzen gewahrt bleibt oder, was dasselbe mit anderen Worten ist, dem Gesamtwohl der menschlichen Gesellschaft nicht zu nahe getreten wird“.

Über den Wert oder Unwert einer sozialen Struktur ist das

Gemeinwohl entscheidend.

Nicht jeder beliebige Anteil am Sozialprodukt, sondern nur der Anteil, der die Eigentumsbildung ermöglicht, bringt uns auf die Dauer der Lösung näher. Erhöhtes Lohn-einkommen, das nicht restlos in den Konsum fließt, trägt zur Eigentumsbildung bei. Man hat den Vorschlag gemacht, neben dem Konsumlohn, der eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht, einen Investitionslohn zu schaffen, der der gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung zur Verfügung gestellt wird. So würde der Arbeitnehmer Anteile an den Produktionsmitteln haben. Wenn aber dieses Eigentum an Produktionsmitteln weiter entfunktionalisiert bleibt, ändert das wenig an den Machtverhältnissen. Wertvoll bleibt in jedem Falle die Tatsache, daß neben dem Arbeitseinkommen nun noch ein Kapitaleinkommen in Form der Dividende käme. Mit Recht werden hier Bedenken angemeldet, wenn nicht die Mitbestimmung hier einsetzt. Vor allen Dingen dann, wenn die anonymste Eigentumsform gewählt würde, das Investmentsparen. Nell-Breuning SJ wies in seinem Referat: „Eigentum und Verfügungsgewalt in der modernen Gesellschaft“ auf dem V. europäischen Gespräch des DGB in Recklinghausen am 20. Juli 1956

Foto: Heinz Held

darauf hin: „Aber auch das auf breitesten Schichten der werktätigen Bevölkerung gestreute Eigentum bliebe entfunktionalisiert.“ Trotz alledem würden die Gewerkschaften durch von ihnen ins Leben gerufene Investmentbanken Einfluß auf die Hauptversammlungen und einen „vermutlich stärkeren Einfluß auf die Finanzierung großer Unternehmen auszuüben in der Lage sein“. Aber an der Managerherrschaft würde das wenig ändern, meint Nell-Breuning.

Hier mündet unsere Frage in den Fragenkreis der grundsätzlichen Neuordnung der Rechtsgestalt der Unternehmen. (Vergleiche: Gesellschaftspolitische Kommentare 3. Jahrgang Nr. 17, Bonn, 1. September 1956.) Es geht hier nicht so sehr um das Miteigentum des Arbeitnehmers an seinem Unternehmen. Hier sind gewichtige Bedenken anzumelden. Schon das Wort Miteigentum legt nahe, daß da noch ein Eigentümer ist, der im eigentlichen Sinne verfügt. Für unser gesamtwirtschaftliches und gesellschaftspolitisches Anliegen bedeutet dieses Miteigentum wenig. Seine Bedeutung liegt auf einem anderen Gebiet.

Die Art und Weise, wie das Lohn-einkommen verwendet wird, ist entscheidend für die Eigentumsbildung. Man sollte nicht die eine Form des Sparens auf Kosten anderer Sparformen vorantreiben. Entscheidend ist, daß unter der Voraussetzung erhöhten Lohn Einkommens, das Sparen menschenmöglich macht, mehr gespart wird. Das Eigenheim, die Eigentumswohnung soll hier in ihrer Bedeutung für eine soziale Strukturpolitik nur betont werden. Wenn man aber sieht, wie schwierig die Beschaffung des Baulandes und der Hypothek ist, wenn nicht die Unternehmungen ihren bauwilligen Arbeitnehmern unter die Arme greifen, so möchte man in dieser Hinsicht wenig Hoffnung haben, trotz der einschlägigen Gesetze zur Förderung des Eigenheimes.

Vermögensbildung als Gegensatz zu östlichen Errungenschaften

Sollte es uns gelingen, dem Arbeitnehmer wieder den Zugang zum Eigentum zu erschließen, dann wäre eine wesentliche Voraussetzung gegeben, die Wiedervereinigung Deutschlands auch unter dem sozialpolitischen Gesichtspunkt vorzubereiten. Denn diese Vermögensbildung breiter Schichten würde gegenüber den sogenannten östlichen „Errungenschaften“ einen echten Fortschritt bedeuten. Niemals läßt sich das Rad geschichtlicher Entwicklung

zurückdrehen. Die Wiedervereinigung würde für die Zone einen echten sozialpolitischen Fortschritt bedeuten. Die bisherige Geschichte großer

sozialer Umwälzungen hat uns gelehrt, daß dem, der mit der größeren sozialen Dynamik in den Endspurt läuft, der Sieg ist.

... nach wie vor Maschinenschlosser

von Christian Hansen

Seitdem durch die Annahme des Gesetzes über die Kapitalanlage-Gesellschaften (Investment-Gesellschaften) die finanztechnischen Voraussetzungen für ein „überbetriebliches Miteigentum“ an den Produktionsmitteln geschaffen sind, hört die Diskussion in der Öffentlichkeit über die Begriffe „Miteigentum“, „Eigentumsbildung“ und „Investment-Sparen“ nicht mehr auf. Führende Wirtschafts- und Sozialpolitiker aus allen Lagern und Richtungen sowie auch Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen setzen sich in immer stärkerem Maße mit dem Problem der Eigentumsbildung auf breiter Grundlage sowie mit der Idee des Volkskapitalismus als Mittel zur Überwindung des Klassenkampfes und des Staatskapitalismus auseinander. Dabei werden besonders zwei Grundformen von Miteigentum herausgestellt: Das betriebliche oder direkte Miteigentum an den Produktionsmitteln und das überbetriebliche oder das indirekte Miteigentum an den Produktionsmitteln.

Betriebliches Miteigentum

Hierunter wird die unmittelbare Teilhabe des Arbeitnehmers an dem Unternehmen, bei dem er beschäftigt ist, verstanden. Bereits seit Jahren gibt es bei einer Reihe von großen Betrieben des In- und Auslandes betriebliches „Miteigentum“ in Form von Erfolgsbeteiligung, Ertragsbeteiligung, Gewinnbeteiligung, Arbeitsdividenden, Jahresabschlußprämien, Arbeiter-Aktien, um nur einige der üblichen Bezeichnungen zu nennen.

Überbetriebliches Miteigentum

Hierbei handelt es sich um eine Beteiligung des Arbeitnehmers an den Produktionsmitteln an einer Vielzahl von Unternehmungen unter Zwischenschaltung von Investment-Gesellschaften. Das überbetriebliche Miteigentum setzt also das sogenannte Investment-Sparen voraus. (Wir verweisen auf den Beitrag von Dir. Uhlenbrock in Heft 24/1956 „Wertpapiersparen für unsere Belegschaftsmitglieder“. D. Red.)

Es ist die relativ einfachste und anonymste Form des Aktienbesitzes

bzw. der Kapitalbildung für Nicht-Experten. Investment heißt zu deutsch: „Teilhabe“. Man kann schon in kleinen Abschnitten von 50.— bis 100.— DM Investment-Anteile kaufen.

Für den Arbeiter ist diese Form des Sparens und der Eigentumsbildung etwas völlig Neues. Er steht dem Aktienwesen zunächst sehr freundlich gegenüber. Selbst beim **Erwerb von Belegschafts-Aktien**

hat sich gezeigt, daß die Arbeiter zunächst von dieser Möglichkeit nur wenig Gebrauch machten und sich erst nach intensivster Aufklärung langsam dafür interessierten. Investment-Sparen heißt also Streuung des Aktien-Kapitals in vielen Händen, auch in Händen der Arbeitnehmer in Gestalt von Klein-Aktien bzw. Investment-Anteilen. Daraus leitet sich der Gedanke des Volkskapitalismus her. Die beste Darstellung der Idee des Investment-Sparens oder des Volkskapitalismus gibt v. Nell-Breuning; er sagt: „Es kommt darauf an, an die Stelle der heutigen ungesunden Verteilung des Eigentums ein breitgestreutes Eigentum zu setzen und es auf diese Weise dahin zu bringen, daß der arbeitende Mensch für seinen und seiner Familie Unterhalt nicht nur auf seine Arbeitskraft allein angewiesen ist, sondern auch über einiges Sach- und Geldvermögen verfügt und neben seinem Arbeitseinkommen auch ein gewisses zusätzliches Einkommen aus Vermögens-Besitz bezieht.“

Zur Durchführung des Investment-Sparens werden von deren Befürwortern folgende Wege vorgeschlagen: Die Unternehmen, in denen die überbetriebliche Form des Miteigentums an den Produktionsmitteln vereinbart wird, sollen für ihre Arbeitnehmer einen Miteigentumszuschlag zum Lohn bzw. eine Sparprämie zur Aufstockung ihrer Eigensparleistung geben.

Die Ansammlung von Sparkapitalien soll vom Gesetzgeber durch den

„Miteigentums-Sparvertrag“

rechtlich gesichert werden, ähnlich wie dies beim Bausparvertrag der Fall ist. Außerdem sollen dem Arbeit-

nehmer für Sparleistungen über solche „Kapitalsparverträge“ an Investment-Gesellschaften vom Staat bei langfristiger Anlage dieselben Prämien wie bisher schon für Bausparleistungen nach dem Wohnungsbauprämienengesetz gewährt werden. Geleistete Miteigentumszuwendungen sollen vom Unternehmen wie Betriebsausgaben abgesetzt werden können.

Auf betrieblicher Ebene soll der erste Schritt in Form eines „Miteigentums-Vertrages“ Sache des Betriebsrats sein. Doch soll auch eine Initiativgruppe von mindestens 5 Prozent der Belegschaft einen solchen Antrag stellen können. Der nächste Schritt soll dann der Leitung des Unternehmens obliegen, die in einem „Miteigentums-Vorschlag“ erklären kann, ob und in welcher Form und in welcher Höhe das Unternehmen bereit ist, Miteigentum zu ermöglichen.

Wir können sagen: Auf Grund des bisher Dargelegten ist eines klar: Ohne eine starke staatliche und unternehmerische Förderung des Investment-Sparens durch Steuervergünstigungen und durch Zugabe der Unternehmungen zu den Einlagen der Arbeitnehmer — ähnlich den Sozialversicherungsbeiträgen — ist ein durchschlagender Erfolg des Investment-Sparens undenkbar. Eine solche Förderung des Investment-Sparens bzw. des Miteigentums an Produktionsmitteln in Arbeiterhänden käme aber einem Zwangssparen sehr nahe.

Es werden daher diese Fragen in der Öffentlichkeit noch viel diskutiert werden müssen, ehe sie einer endgültigen Lösung zugeführt werden können.

Wer speist den Kapitalmarkt?

Der Kapitalmarkt lebte schon immer von der Kapitalbildung der Nichtunternehmer. Der Unternehmer nimmt den Kapitalmarkt wohl in Anspruch, sucht aber für seine eigene Kapitalbildung nicht ausschließlich Anlage auf dem Kapitalmarkt, weil er in seinem eigenen Unternehmen eine günstigere Anlagemöglichkeit hat. Er bildet Kapital im Wege der Eigenfinanzierung. Gerade dieser Weg ist durch die Steuerpolitik in den vergangenen Jahren so ungeheuer gefördert worden. Nach Ansicht der Experten ist aber die beträchtliche Eigenfinanzierung der Unternehmungen in den vergangenen Jahren nicht allein auf überdurchschnittliche Leistungen der Unternehmer oder der Belegschaften, sondern im wesentlichen auf die Abwälzungen auf die Preise sowie auf die Ausnützung der in der Steuergesetzgebung vorgesehenen Möglichkeiten zurückzuführen. Diejenige Schicht der Bevölke-

rung, die früher den Kapitalmarkt getragen hat, der breite Mittelstand, kann diese Aufgabe durch die weitgehende Nivellierung (Gleichmachung) der Einkommensverhältnisse in dem für die Gesamtwirtschaft notwendigen Maße nicht mehr erfüllen. Daraus erklärt sich der immer lauter werdende Ruf nach Beteiligung aller Volksschichten an der Kapital-

schaften, Dr. Hinkel, formuliert wurde, mit 120 Milliarden DM am Produktionsmitteleigentum beteiligt. Eine Entwicklung, die kaum ausdenkbar ist; sie wäre umstürzend, deshalb ist sie in dieser Form unwahrscheinlich. Die Befürworter des Investment-Sparens haben aber noch ein anderes Ziel und zwar politischer Art im Auge. Sie sagen ganz offen: „Je

Ich möchte in den Werkmitteilungen etwas lesen über:

Der Bundeskanzler hat gleich nach Neujahr gesagt, die Regierung will die Eigentumsbildung unterstützen. Volkswagenaktien soll es geben. Kann man mal wissen, was dabei rauskommt für den Arbeiter. Von Investmentsparen hat schon mal was drin gestanden. Das ist alles so durcheinander. Die Demag gibt ihren Arbeitern Aktien. Können wir auch sowas bekommen. Die Kollegen sprechen davon. Ich will meinen Namen nicht nennen, sonst denken Sie, ich habe zuviel Geld, aber wissen möchte ich was davon.

Unsere Antwort:

Die Behandlung dieses Leserwunsches wird ohne eine umfangreichere Abhandlung nicht zu erfüllen sein. Wir haben vorgemerkt!

Bei einem Unternehmen, das in der Rechtsform der GmbH betrieben wird, ist grundsätzlich eine Beteiligung der Arbeitnehmer nicht vorgesehen. Während die meisten Aktiengesellschaften eine große Zahl von Aktionären haben, ist bei der GmbH die Zahl der Gesellschafter beschränkt. Die Rechtsform der GmbH findet in erster Linie auf kleinere Gesellschaften Anwendung, welche einerseits die umständliche Gründung, die schwerfällige Verwaltung sowie das hohe Grundkapital einer Aktiengesellschaft vermeiden, aber andererseits die Haftung der Gesellschafter auf die Stammeinlage beschränken wollen. Der Rechtsform der GmbH bedienen sich jedoch auch grö-

ßere Gesellschaften, welche als Familien-Unternehmen anzusprechen sind. Dies trifft z. B. zu auf unsere Gesellschaft und auf unsere Nachbarfirma Henkel.

Es ist verständlich, daß die Gesellschafter einer GmbH, deren Publizitätspflicht bedeutend geringer ist als für eine Aktiengesellschaft, „unter sich“ bleiben wollen. Die Gesellschafter einer kleineren Firma oder einer großen Familien-GmbH wollen das Eigentum am Firmenvermögen nicht mit anderen teilen, auch nicht mit den eigenen Belegschaftsmitgliedern.

Gemäß § 15 Absatz 3 des GmbH-Gesetzes bedarf es zur Abtretung von Geschäftsanteilen eines in gerichtlicher oder notarieller Form geschlossenen Vertrages. Dabei versteht das Gesetz unter „Abtretung“ jede Veräußerung eines Geschäftsanteils, sei es durch Verkauf, sei es durch Schenkung. Die im § 15 Absatz 3 vorgesehene gerichtliche oder notarielle Beurkundung soll bewußt die Beteiligung vieler Personen an einer GmbH verhindern.

Wenn die Arbeiter und Angestellten unseres Unternehmens sich an der Substanz und an dem Wachstum der westdeutschen Industrie beteiligen wollen, empfiehlt sich nach wie vor der Erwerb von Investment-Zertifikaten.

Uhlenbrock

bildung bzw. nach Mitwirkung der Arbeitnehmer am Miteigentum an den Produktionsmitteln durch Investment-Sparen.

Durch die Beteiligung der deutschen Arbeitnehmer am Investment-Sparen würde der deutsche Kapitalmarkt wieder Auftrieb bekommen. Es könnten auf diese Weise dem deutschen Kapitalmarkt im Laufe der Jahre ungeheure Summen an Spar-Kapitalien zur Verfügung gestellt werden. Im Laufe von nur 20 Jahren wären die Arbeitnehmer, wie dies von dem Wirtschaftsexperten der Gewerk-

mehr die breiten Schichten des Volkes sich an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung beteiligen, d. h. je mehr die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhänden um sich greift, desto aufrichtiger werden diese ihr „Ja“ zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung der westlichen Welt sprechen, denn sie verteidigen dann ihr eigenes Eigentum und nicht bloß die Positionen anderer Leute.“ Wobei noch hinzugefügt wird: „Wahrscheinlich entscheidet sich durch Miteigentum an den Produktionsmitteln, d. h. durch Volkskapitalismus, das Schicksal der westlichen Welt.“ In

zwei Jahrzehnten könnte dieser strukturpolitische Wandel der Eigentumsverhältnisse erfolgen (s. oben). Es würde auch dadurch die unselige Klassenspaltung des Volkes in die beiden feindselig gegenüberstehenden Gruppen der kapitalbesitzenden Unternehmer und der nicht kapitalbesitzenden Arbeitnehmer überwunden werden.

Was sagen Gewerkschaften und Arbeitnehmer zum Problem der Eigentumsbildung?

Von gewerkschaftlicher Seite wird vor allem die direkte Beteiligung des Arbeitnehmers am Miteigentum an den Produktionsmitteln abgelehnt mit der Begründung, daß es in der modernen Wirtschaft der Großbetriebe nicht möglich sei, jedem Arbeitnehmer ein Stück Sacheigentum am Betrieb zu übergeben, so wie dies noch beim mittelalterlichen Handwerk der Fall gewesen sei. Jedoch haben die Einwände gegen das Investment-Sparen nachgelassen. Überlegt wird sogar, wie die Interessen der Arbeitnehmer in den Investment-Gesellschaften und in den Hauptversammlungen der Unternehmungen, in denen die Investment-Gelder angelegt sind, am besten gewahrt werden können. Es wird jedoch betont, daß das Investment-Sparen in den Kreisen der Arbeitnehmer nicht über gewisse Ansätze hinauskommen werde, solange nicht Gewißheit bestehe, daß die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer mit einer echten Erhöhung der Arbeitnehmerinkommen verbunden sei. Im übrigen würde eine banktechnische Maßnahme, wie die Einführung des Investment-Sparens, das gewerkschaftliche Ringen um Überwindung der gesellschaftlichen Abhängigkeit der Arbeitnehmerschaft in keiner Weise ersetzen können. Es gehe eigentlich nicht darum, den Arbeitnehmern ein persönliches und frei verfügbares Eigentum zu schaffen, sondern darum, die monopolartige Machtstellung der Unternehmungseigentümer zu brechen. Aus dieser Stellungnahme der Gewerkschaften geht hervor, daß noch viele Hindernisse bis zur Verwirklichung des Volkskapitalismus zu überwinden sind.

Wo ist das Haupthindernis wirklich?

Seit Aufkommen der Aktiengesellschaften und damit der Aktie herrscht in der deutschen Arbeiterschaft ein tief eingewurzelter Mißtrauen, eine tiefe Abneigung gegen das Aktienwesen. Diese Abneigung ist grundsätzlicher Natur. Sie geht auf Generationen zurück. Und zwar hat der Arbeiter seinem Wesen und Charakter nach keinen unmittelbaren Zugang zum Aktienwesen oder zur

Idee des Miteigentums an den Produktionsmitteln. Die Abneigung des Arbeiters gegen Aktien und daher gegen Miteigentum an den Produktionsmitteln beruht auf dem Widerspruch zwischen dem in der arbeitsteiligen Wirtschaft geltenden Gesetz der gegenseitigen Abhängigkeit bzw. des Miteinanderarbeitens und dem Herrschafts-, dem Gewinnsuchts-, dem Egoismusprinzip in der Wirtschaft, welches im Aktienwesen allerstärksten Ausdruck findet. Es ist dem Arbeiter unbegreiflich, daß in der Wirtschaft, die ihrem Wesen nach auf gegenseitiger Abhängigkeit, auf notwendiger Zusammenarbeit, also letzten Endes auf Altruismus (Selbstlosigkeit, Nächstenliebe) beruht, nichts anderes als der Egoismus-, das Gewinnsuchts-, das Konkurrenzkampfprinzip vorherrschend sein sollen. Er leidet an diesem Widerspruch schon seit Entstehung des Aktienwesens, ohne es letzten Endes in seinen tiefen Zusammenhängen formulieren zu können. Es wurde ihm bisher meist nur vom politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus erklärt.

Der Einwand, daß sich der amerikanische Arbeiter doch auch mit dem Aktienwesen angefreundet habe*) und damit gut gefahren sei, geht vollkommen am Kern der Sache vorbei und ignoriert völlig die andersartige Grundeinstellung und Lebensgesinnung des deutschen Arbeiters den Arbeits- und Berufsverhältnissen sowie den Zeit- und Lebensfragen gegenüber. Der deutsche Arbeiter sieht die soziale Frage im Gegensatz zum amerikanischen Arbeiter — das wird meist übersehen — nicht nur als eine ökonomische, nicht nur als eine Lohn-, Brot- oder Macht-Frage, sondern in erster Linie als eine geistige, als eine Erkenntnis-, als eine Bildungs- bzw. Freizeit-Frage. Es ist auch ein Irrtum zu glauben, daß das Gefühl der Sicherheit und Zufriedenheit im Arbeiter vom Besitz eines Anteilscheines einer Investment-Gesellschaft bzw. von einigen hundert DM Dividendenbezug im Jahr abhängig ist. Das Gefühl der Sicherheit und Zufriedenheit beruht nicht allein auf Besitz und Wohlstand oder auf Miteigentum an den Produktionsmitteln.

In dieser nur ökonomischen materialistischen Betrachtungsweise erschöpft sich im Wesentlichen heute die Diskussion über das Miteigentum an den Produktionsmitteln und über den Volkskapitalismus. Hierin liegt seine Schwäche, aber auch sein Widerspruch begründet. Dieser Wi-

*) In USA haben $\frac{1}{2}$ der Familien Aktien. Etwa $\frac{1}{3}$ der amerikanischen Familien sind im Besitz des produktiven Volksvermögens und der Wirtschaftsunternehmungen, so daß man sagen kann, in USA ist der Volkskapitalismus nahezu verwirklicht.

derspruch wird nicht einmal gesehen. So betrachtet z. B. der Bundestagsabgeordnete Häusler die Idee des Miteigentums an den Produktionsmitteln bzw. des Volkskapitalismus nahezu ausschließlich vom ökonomischen Gesichtspunkt. Er saß u. a.: „Das selbstverständliche Ziel im Lebensproblem eines jeden ordentlichen jungen Arbeitnehmers muß künftig sein, den eigenen Arbeitsplatz auch kapitalmäßig in seinen Besitz zu bringen, so wie dies in früheren Zeiten für den Gesellen in vielen Berufszweigen durch Besitz der eigenen Handwerkszeuge selbstverständliche Ehrensache war. Der Besitz des Handwerkszeuges habe nicht wenig zur Entstehung des Selbstbewußtseins des früheren Handwerkers beigetragen. Dieselbe Aufgabe komme heute dem Miteigentum an den Produktionsmitteln zu. Dies würde nicht wenig zum Selbstbewußtsein und zur Zufriedenheit der Arbeitnehmer beitragen.“ Das ist ein Irrtum. Das Selbstbewußtsein und der Stolz des mittelalterlichen Handwerks gründete nicht auf den Besitz von Handwerkszeugen, sondern auf der Schaffenskraft, auf dem Können und dem gesamtpersönlichen Darinnenstehen in der Berufsarbeit. Die Arbeit des mittelalterlichen Handwerks war ganz und gar Ausdruck der Persönlichkeit, Spiegelbild des Charakters und des Temperaments des Meisters, der sie schuf. Die Temperaments- und die Begeisterungskräfte flossen gleichsam in die Arbeit hinein und prägten ihr ihren Stempel auf. Die Arbeit strahlte wiederum auf den Meister zurück und gab ihm sein Selbstbewußtsein und seinen Stolz, jedoch nicht der Besitz des Handwerkszeuges, wie Häusler behauptet.

Das Tier, der geborene „Berufsspezialist“

Die Arbeit des Arbeiters in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft ist nicht mehr Ausdruck und Spiegelbild des Charakters oder Temperamentes des arbeitenden Menschen. Das Arbeitsprodukt innerhalb der arbeitsteiligen Wirtschaft ist das Ergebnis aller in der Wirtschaft tätigen Menschen. In der arbeitsteiligen Wirtschaft werden die Temperaments-, die Begeisterungskräfte, die individuellen Anlagen und Fähigkeiten gar nicht mehr benötigt, daher auch nicht beansprucht. Sie bleiben brachliegen und verkümmern. Der Anteil der menschlichen Temperaments- und Begeisterungskräfte an der Teilarbeit, an der Spezialarbeit, ist gleich Null. Der Arbeiter wird durch die Mechanisierung und Spezialisierung der Arbeit ganz auf sich selbst in das Nichts, in die Einsamkeit gestellt und ganz auf sein inneres Menschentum verwiesen. Die Maschine bzw. die Teilarbeit

strahlt nichts mehr auf den Arbeiter zurück, wodurch er einen ihn tragenden Inhalt, eine Sicherheit oder eine Befriedigung, Freude oder gar Stolz oder Selbstbewußtsein erhalten könnte. Im Gegenteil, die Berufsspezialisierung, Mechanisierung und Maschinisierung der Arbeit macht den Menschen in seiner Seele öde und leer, stoßen ihn in seinem Erleben und Bewußtsein unter das Menschliche oder wie Prof. Weinstock sagt, in das Tierreich hinab. Das Tier ist von Natur aus ein geborener Berufsspezialist.

Der Arbeiter empfindet auch sehr deutlich, daß durch Miteigentum an den Produktionsmitteln, durch Volkskapitalismus, an seinem Berufsschicksal, d. h. an den Folgen der Mechanisierung, Maschinisierung und Berufsspezialisierung und der damit verbundenen Fremdbestimmung, Entpersönlichung und Sinnentleerung der Arbeit nichts geändert werden kann, daß er nach wie vor Maschinenschlosser, Dreher, Hilfsarbeiter, Kaufmann usw. bleiben muß. Dem Arbeiter ist durchaus klar, daß mit materiellen Mitteln, d. h. mit Miteigentum an Produktionsmitteln oder auch Volkskapitalismus, die mit der Berufsspezialisierung und Mechanisierung der Arbeit verbundene seelische Vereinsamung und innere Leere und die daraus herrührende Unruhe und Unzufriedenheit in seiner Seele nicht überwunden werden können.

Der Arbeiter sieht den Sinn des Daseins nicht allein in der Befriedigung der Leibesbedürfnisse, im Besitz oder im Wohlstand erschöpft. Sein Hauptziel ist geistiger Natur. Es besteht in der Lösung der Freizeitfrage, in der Lösung der zwischenmenschlichen Beziehungen in- und außerhalb des Betriebes; womit nicht gesagt sein soll, daß er nicht auch nach Besitz und Wohlstand strebt. Es ist dies aber nicht sein Hauptziel. Der Arbeiter sucht aus der inneren Leere heraus gegenüber der Einseitigkeit seines Berufsschicksals, gegenüber der Eingengung seines Denkens und Fühlens, nach einem geistigen Gegenpol, nach einem geistigen Gleichgewichtsimpuls und nach einem ihn tragenden geistigen Inhalt, nach Gedanken und Erkenntnissen, die seine Frage nach dem Sinn des Daseins, nach dem wahren Menschenwesen beantworten. Der Arbeiter ruft nach einer echten Freizeitidee, nach wahrer Menschenbildung, nach Beantwortung der in ihm rumorenden Seelenrätsel und erst in zweiter Linie nach materieller Sicherheit, nach äußerem Besitz und Wohlstand. Es ist an der Zeit, die wirkliche Seelensituation des Arbeiters so wie sie ist, zu cha-

... nach wie vor Maschinenschlosser, Dreher, Hilfsarbeiter, Kaufmann



dpa-Bild

rakterisieren und nicht so, wie sie seit Jahrzehnten als Seeleninhalt angenommen oder sogar gewünscht wird.

Die Tatsache, daß trotz des Wirtschaftswunders, trotz weitgehender materieller Besserstellung und Erreichung vieler Ziele, um die die Arbeiter jahrzehntelang gekämpft und gerungen haben, trotz Kühlschrank, Fernsehapparat und Reise nach dem Süden, die Unruhe, Unzufriedenheit der Arbeiter nicht abgenommen, sondern zugenommen hat, ist ein Beweis dafür, daß allein mit Besitz, mit Wohlstand, kurz mit materiellen Mitteln dem seelischen Problem des Arbeiters und der Freizeitidee nicht beizukommen ist. Mit Miteigentum an den Produktionsmitteln oder mit Volkskapitalismus können Klassenbewußtsein oder Staats-

kapitalismus so wenig überwunden werden, so wenig der Egoismus mit Egoismus, der Materialismus mit Materialismus, oder das Böse mit Bösem überwunden werden können. Selbstverständlich kann der Arbeiter zum Volkskapitalismus, zum Miteigentum an den Produktionsmitteln bzw. zum Konsumverzicht „Ja“ sagen. Er muß nur wissen, daß damit die soziale Frage, die Freizeitfrage, nicht gelöst ist, und seine tiefere Sehnsucht nach Erkenntnis um den Sinn des Daseins, um das wahre Menschenwesen, nicht beantwortet ist. Die Lösung der sozialen Frage bzw. die Erneuerung des sozialen und geistigen Lebens kann nicht nur auf ökonomisch-technisch wirtschaftlichem Gebiet erfolgen, sie setzt eine Gesundung des gesamten geistigen und politischen Lebens voraus.

Wie ich darüber denke

„Wenn's dem Esel zu wohl geht, geht er aufs Eis tanzen“, sagt der Volksmund. Diese Feststellung habe ich im übertragenen Sinne wiederholt in Unternehmungen bei Angestellten gemacht, denen ihre berufliche Entwicklung manchmal nicht schnell genug ging und die dabei den Blick für das Erreichbare verloren. Hier nur ein Beispiel aus der Praxis: Ein Angestellter, der in verhältnismäßig jungen Jahren „Gruppenführer“ geworden war und bald darauf auch „Abteilungsleiter“ wurde, glaubte, daß dieses Klettern auf der Erfolgsleiter unentwegt fortgesetzt werden könnte. Und da in seinem Betrieb die nächste Sprosse seiner Meinung nach nicht in kürzester Zeit erreicht werden konnte, versuchte er sein Glück bei einer anderen Unternehmung. Er bewarb sich, stellte selbstverständlich höhere Gehaltsforderungen, und siehe da, er hatte wieder einmal Erfolg. Er kündigte seine Stellung, in der er sich zwar sehr wohl gefühlt hatte, um seinen Aufstieg in dem neuen Betrieb noch mehr zu beschleunigen. Nun will ich Ihnen erzählen, wie es dem stürmischen jungen Mann ergangen ist. Zunächst einmal gab es Schwierigkeiten mit der Wohnung in seinem neuen Wirkungskreis. Ihm war zwar sehr viel versprochen worden, aber das

ließ sich doch nicht so schnell verwirklichen, wie es der Leiter des neuen Betriebes selbst gehofft hatte. Doch was macht das schon? Hauptsache, der berufliche Aufstieg ist nicht durch Schranken behindert. Die nächste Enttäuschung erlebte er bereits am zweiten Tag. Er hörte, daß seinem Assistenten, auf den er bei der Bewerbung Wert gelegt hatte, bereits gekündigt worden war. Auf seine erstaunte Frage, weshalb das geschehen sei, wurde ihm bedeutet: „Nun haben wir Sie ja, und da wir Sie für eine besonders tüchtige Kraft halten, können Sie die Arbeit des früheren Assistenten doch ohne weiteres mit übernehmen.“ Als Stenotypistin war ihm eine Anfängerin, die weder richtig stenografieren konnte, noch mit der Schreibmaschine voll vertraut war, zugeteilt worden. Jeder Brief mußte nach entsprechenden Korrekturen mindestens einmal umgeschrieben werden. Die Organisation in diesem Unternehmen war auch nicht gerade vorbildlich; es gab keine richtigen Aktenschranke, nicht einmal ein Lösblatt war aufzutreiben, kurz, eine Enttäuschung kam zur anderen, da unser junger Freund in seiner alten Unternehmung doch etwas verwöhnt worden war. Das Allerschlimmste aber kommt noch.

Betriebsklima wird groß geschrieben

Das Betriebsklima in dem neuen Betrieb war so schlecht, daß sich dort niemand wohl fühlte. Damit war das Maß voll. Bereits nach 5 Tagen machte unser Gewährsmann von seinem Kündigungsrecht im Probemonat Gebrauch. Ich bin der Meinung, daß jeder, der einen Reifall erlebt, so handeln sollte; denn wie eine Blume nicht ohne Sonne gedeihen kann, so macht ein schlechtes Betriebsklima ein erfolgreiches Arbeiten fast unmöglich. Wenn mich jemand fragt: „Ja, was versteht man denn unter Betriebsklima?“ so möchte ich sagen, es handelt sich um die Gesamtheit aller betrieblichen Eindrücke und Erlebnisse, die auf den arbeitenden Menschen hemmend oder fördernd einwirken. Es gibt in den Unternehmungen also ein gutes oder schlechtes Betriebsklima. Besondere Bedeutung kommt dabei den menschlichen Beziehungen zu, die durch entsprechende Formen der Kontaktpflege, wie Gruppenarbeit, Partnerschaftsbestrebungen, Arbeitsmoral usw. verbessert werden können. Physische und psychische Faktoren, wie Raum- und Arbeitsplatzgestaltung, Pausenverteilung, gerechtes Lohnsystem u. a. können eine entscheidende Rolle spielen. Besonders wichtig ist die Handlungs- und Verhaltensweise der Vorgesetzten, die nach folgenden Gesichtspunkten ausgerichtet sein sollte: Fairneß bei der Arbeitsbewertung, Sicherheit und Klarheit der Anordnungen, Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit gegenüber Untergebenen, soziales Verständnis und Hilfsbereitschaft für die Nöte der Belegschaftsmitglieder.

Was gefällt in der Firma nicht?

Von welchen Umständen die Einstellung der Belegschaftsmitglieder zu einem Betrieb in der Praxis bestimmt wird, zeigt eine Untersuchung, die das Institut für Meinungsforschung Emnid durchgeführt hat. Es wurden an einen repräsentativen Querschnitt der erwerbstätigen Arbeitnehmer im Bundesgebiet folgende Fragen gerichtet: „Wenn Sie Ihre Firma im ganzen betrachten, was gefällt Ihnen besonders daran?“ und „Was haben Sie an Ihrer Firma vor allem auszusetzen?“ Vorweg will ich Ihnen die Antwort mit nackten Zahlen geben:

- 12% der Befragten hat die „Arbeit“ besonders gefallen,
 - 26% die „Arbeitsbedingungen“,
 - 22% das „Arbeitsklima“,
 - 9% die „sozialen Leistungen“,
 - 7% die „Bezahlung“.
- Umgekehrt hatten nur
- 4% an der „Arbeit“ etwas auszusetzen, aber
 - 27% waren mit den „Arbeitsbedingungen“ nicht zufrieden,
 - 10% bemängelten das „Betriebsklima“,
 - 5% die „sozialen Leistungen“,
 - 12% die „Bezahlung“.

Die Differenz bis 100% entfällt jeweils auf Arbeitnehmer, die kein Urteil abgegeben haben.

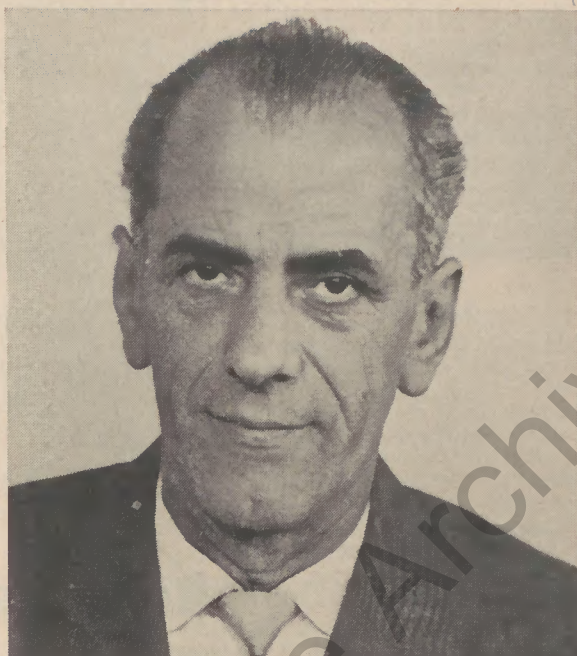
Recht interessante Ergebnisse brachte auch die soziologische Aufschlüsselung der Ergebnisse. Es zeigte sich, daß die finanzielle Seite bei den Arbeitern etwas stärker ins Gewicht fällt als bei den Angestellten. Im übrigen wiesen

Schluß S. 66



Foto: pbb — Oscar Poss

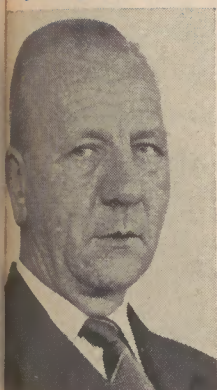
40jähriges Jubiläum



Heinrich Seidl

Rohrriecher
Eintrittsdatum: 10. 8. 17

25jähriges Jubiläum



Wilhelm Schauf

Angestellter (Reisholz)
Eintrittsdatum: 4. 9. 33



Heinrich Schmickler

im Rohrwerk
Eintrittsdatum: 5. 9. 33



Wilh. Rommerskirchen

Schlosser (Reisholz)
Eintrittsdatum: 7. 9. 33



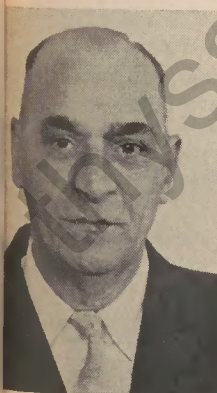
Josef Tigges

im Rohrwerkstransport
(Reisholz)
Eintrittsdatum: 7. 9. 33



Heinrich Herweg

Anstreicher (Reisholz)
Eintrittsdatum: 8. 9. 33



Johann Wildschütz

Dreher (Reisholz)
Eintrittsdatum: 8. 9. 33



Wilhelm Schneider

Rohrzieher
Eintrittsdatum: 9. 9. 33



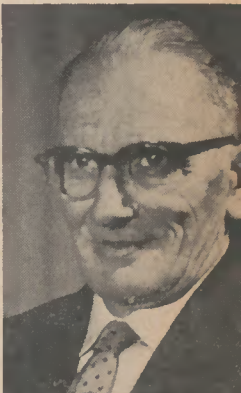
Gerhard Gatzen

Schlosser (Reisholz)
Eintrittsdatum: 11. 9. 33



Wilhelm Happel

Schlosser (Reisholz)
Eintrittsdatum: 11. 9. 33



August Beier

Trichterbinder (Oberbil)
Eintrittsdatum: 13. 10. 33

jedoch die Unterschiede in den Antwortergebnissen dieser beiden Gruppen keine sonderlich wichtigen Merkmale auf. Auch die Angaben der Männer und Frauen stimmten weitgehend überein, allerdings mit einer Ausnahme, und zwar wird bei den Frauen Betriebsklima ganz groß geschrieben, während die sozialen Leistungen eine nur sehr untergeordnete Rolle spielen. Bei den Männern ist das Übergewicht des Betriebsklimas nicht so groß.

„Antreiben“ unerwünscht

Zum besseren Verständnis möchte ich abschließend noch einige Originalantworten wiedergeben. Sie wurden auf die Frage nach der Arbeit so formuliert: **Positiv:** „Die Arbeit gefällt mir, bin froh, daß ich überhaupt arbeiten kann.“ **Negativ:** „Zu anstrengende Arbeit, sture Arbeit.“

Die Frage nach der Arbeitsweise wurde so beantwortet: **Positiv:** „Großzügige Arbeitsweise.“ „Daß man selbstständig arbeiten kann.“ „Keine Hast, kein Antreiben.“ **Negativ:** „Zu kleinlich in der Arbeitsweise.“ „Man wird gejaagt.“ „Das schreckliche Akkordarbeiten.“

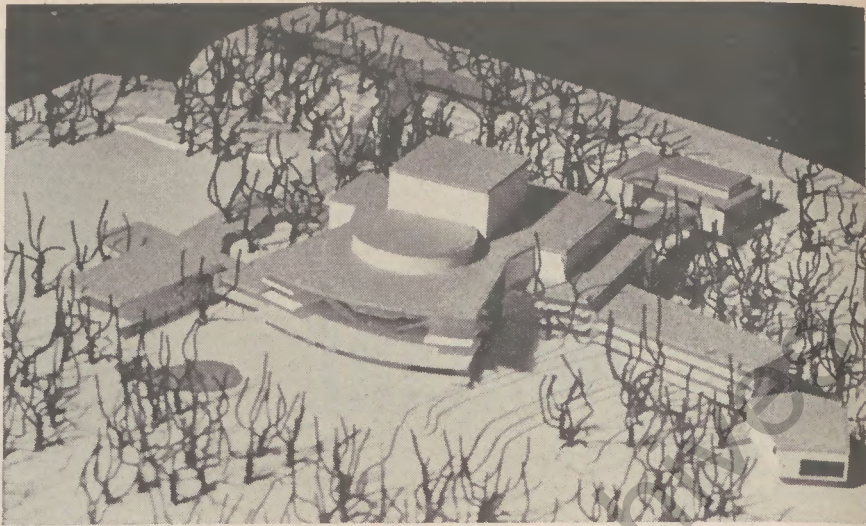
Zur Betriebsführung: **Positiv:** „Die Leitung ist gut.“ „Der Chef hält Ordnung.“ „Guter Meister.“ **Negativ:** „Schlechte Menschenführung.“ „Völlig planlose Arbeit.“

Zur Arbeitszeit: **Positiv:** „Geregelte Dienstzeit.“ „Freies Wochenende.“ **Negativ:** „Die vielen Überstunden.“ „Kein freier Samstag.“

Zu den sonstigen Arbeitsbedingungen: **Positiv:** „Moderne Anlagen.“ „Frische Luft.“ „Gute Betriebs-einrichtung.“ „Kein langer Weg zum Betrieb.“ **Negativ:** „Viel Staub.“ „Das viele Stehen.“ „Der lange Anfahrts-weg.“ „Keine Aufstiegsmöglichkeit.“

Betriebsklima: **Positiv:** „Anständige Behandlung.“ „Kameradschaft untereinander.“ **Negativ:** „Die Schöntuerei gegenüber dem Chef.“ „Keine Kameradschaft.“

Quelle: - e - plauderte über den Betrieb im WIRTSCHAFTS-MAGAZIN Nr. 4 vom 25. 2. 58
Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden



Modell des neuen Festspielhauses

Foto: Herta Arbert

Ruhrfestspiele 1958 in Zahlen

Die Gesamtbesucherzahl aller Veranstaltungen betrug in diesem Jahr 84 061. Die Nachfrage lag bereits am 15. 6., einen Tag nach der Eröffnung, 35,1% über dem Fassungsraum des Städtischen Saalbaus in Recklinghausen.

Die Festinszenierung „Der Sturm“ haben in Abendvorstellungen 20 706 Besucher gesehen und in Vormittagsvorstellungen 6012 Schüler.

Die Kartenwünsche bei den Gastspielen waren im einzelnen bei

„Der Gouverneur“	mit 10 %	„Tumult im Narrenhaus“	mit 20 %
„Minna von Barnhelm“	mit 35 %	„Die schmutzigen Hände“	mit 60 %
„Biedermann und Hotz“	mit 28 %		

überzeichnet.

Neben der Zeitung zur Einführung in das Programm der Ruhrfestspiele in einer Auflage von 100 000 wurden in diesem Jahr drei Sonderbroschüren in einer Auflage von 60 000 herausgegeben. Seit zwei Jahren geben die Ruhrfestspiele zu den Eigeninszenierungen statt eines Programmheftes das Textbuch mit der Besetzung heraus. Erstmals mußte in diesem Jahr die Auflage um 15% erhöht werden und reichte wegen der starken Nachfrage trotzdem nicht aus.

An dem Programm der Ruhrfestspiele 1958 wirkten 385 Künstler, 141 Techniker und 702 Laienkünstler mit. An Diskussionen und Vorträgen beteiligten sich 43 Wissenschaftler und Publizisten.

Die Leitung der Ruhrfestspiele befaßt sich zur Zeit mit den Vorbereitungen des Programms der Festspiele 1959.

Durch den Tod gingen von uns

Franz Granzow

Pensionär
früher Schlosser in der Kranschlosserei am 18. 8. 1958 Werk Oberbilk

Gustav Kahl

Pensionär
früher Vorarbeiter in der Materialprüfanstalt am 30. 8. 1958 Werk Reisholz

Ernst Küster

Pensionär
früher Kolonnenführer
in der Mechanischen Werkstatt am 7. 9. 1958 Werk Reisholz

Philipp Maurer

Platzarbeiter am 16. 9. 1958 Werk Reisholz

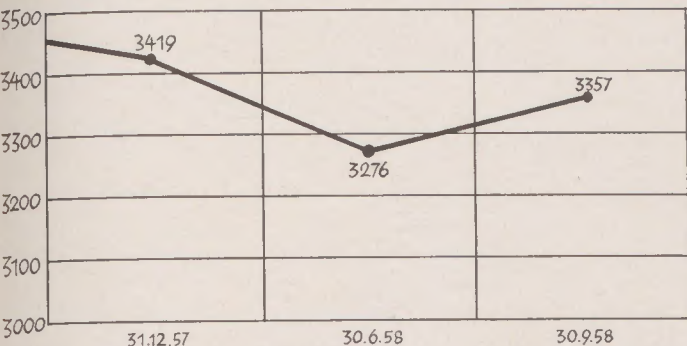
Herausgeber:	Stahl- und Röhrenwerk Reisholz GmbH. Düsseldorf-Reisholz
Verantwortlich:	Direktor August Best
Erscheinungsweise:	in zwangloser Folge
Druck:	Aussaat-Verlag GmbH, Wuppertal
Gestaltung:	Karl Busch, Wuppertal
Vertrieb:	Postversand im Verlags- stückverfahren

Die WERKMITTEILUNGEN dienen der fachlichen Unterrichtung und Unterhaltung der Betriebsangehörigen und werden kostenlos abgegeben.

Diejenigen Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder mit seinen Initialen gezeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des Autors dar und nicht unbedingt die des Redaktionsausschusses bzw. der Werkleitung. Bildnachweis: Alle Fotos, soweit nicht anders vermerkt, Werkaufnahmen.

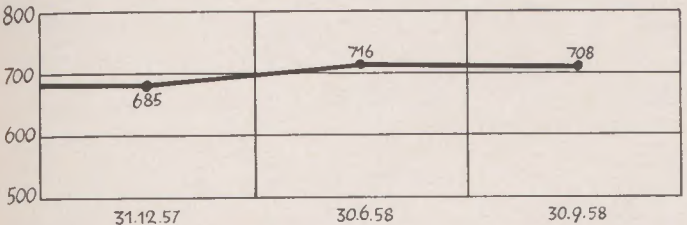
Zahl der Beschäftigten unseres Werkes

Lohnempfänger einschließlich gewerbliche Lehrlinge



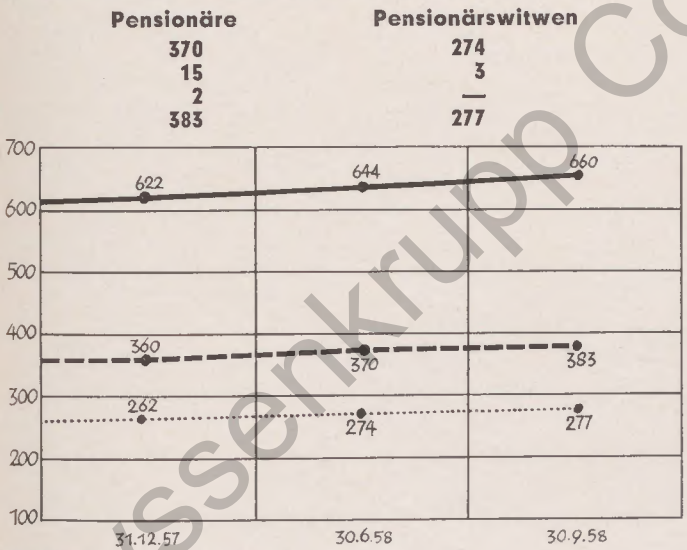
Zugang vom 1.7. bis 30.9.1958 = 192 Arbeiter
Abgang vom 1.7. bis 30.9.1958 = 111 Arbeiter
effektiver Zugang = 81 Arbeiter

Angestellte einschließlich kaufmännische Lehrlinge



Zugang vom 1.7. bis 30.9.1958 = 18 Angestellte
Abgang vom 1.7. bis 30.9.1958 = 26 Angestellte
effektiver Abgang = 8 Angestellte

Pensionäre und Pensionärswitwen



gesamt: —————
Pensionäre: - - - - -
Pensionärswitwen:
Zugang vom 1.7. bis 30.9.1958 18
(15 Pensionäre
3 Pens.-Ww.)
Abgang vom 1.7. bis 30.9.1958 2
(2 Pensionäre)

Wir begrüßen alle, die als Mitarbeiter neu zu uns gekommen sind.

Unsere Bitte an alle anderen: Helft den neuen Kollegen, sich in der ihnen zunächst noch fremden Umgebung schnell zu rechtzufinden.

Wichtiges mit wenig Worten

Aus der Personalabteilung

Wegen des Ausscheidens von Dipl.-Ing. Huken wurde **Ing. Hans Wassen** zum Betriebsleiter der Abteilungen Siederohe und Rohrschlangen ernannt.

Seit dem 6. Oktober ist **Ing. Manfred Gerber** als Betriebsassistent in der Abteilung Rohrschlangen eingesetzt.

Dipl.-Ing. Wolfgang Kast wurde mit Wirkung vom 1. Oktober zum Oberingenieur ernannt.

Wilhelm Bamberger wurde mit Wirkung vom 1.9.1958 zum Meister der Kranschlosserei innerhalb der Erhaltungsbetriebe Reisholz ernannt.

Das Manuskript

für Beiträge, die in den Werkmitteilungen erscheinen sollen, erbitten wir zweifach, wenn es mit der Maschine geschrieben ist. Dieser schon zu wiederholten Malen ausgesprochene Wunsch gerät anscheinend immer wieder in Vergessenheit. Das zweite Exemplar erlaubt es uns nämlich, an der Werkzeitung zu arbeiten, während das Original noch beim Redaktionsausschuß umläuft. Die Erfüllung der Bitte ist also bei der Vorbereitung des jeweils nächsten Heftes eine unmittelbare Hilfe, die wir dankbar annehmen.

Alte Ausgaben der Werkmitteilungen

auf die bei den verschiedensten Gelegenheiten verwiesen wird, sind häufig noch vorrätig, weil immer ein gewisser Überschuß gedruckt wird. Bei der Sozialabteilung kann nach solchen älteren Heften gefragt werden.



Coventry ist eine Stadt in Mittellengland in der Grafschaft Warwick. Vielleicht glauben Sie zu wissen, weshalb sie berühmt wurde. Und irren. ———

Von dem Ereignis des 14. November 1400 ist übrigens kaum noch etwas festzustellen. Doch Coventry ist seit dem 11. Jahrhundert schon berühmt gewesen. Durch die Sage von der Lady Godiva, die nackt durch die Stadt geritten ist, um damit eine Bedingung zu erfüllen, die Voraussetzung war, um die Bürger von einer harten Steuer zu befreien.

Die heutigen Finanzämter kennen leider solche Verfahren nicht mehr. Das macht dann die Veröffentlichung von langspaltigen Abhandlungen wie in der letzten Ausgabe der Werkmitteilungen notwendig, damit jeder weiß, was er tun muß, um alle Möglichkeiten eines für den Laien nicht übersehbaren Paragraphenwaldes auszunutzen. Wer aber noch weitere Auskunft oder Hilfe braucht, wende sich bitte an das Lohnbüro, die Personalabteilung oder an den Verfasser des erwähnten Beitrages.



MAILAND – MÜNCHEN

Von Jo Hanns Rösler

Jedes Land baut andere Häuser. Nur Reihensiedlungen haben überall das gleiche Gesicht. Da liegt ein Haus ganz dicht beim andern, nur eine Zwischenwand trennt sie, heizt der eine seinen Ofen, wärmt er durch die dünne Wand des Nachbarns Zimmer gleich mit, ganz gleich, ob man nun miteinander befreundet oder spinnefeind ist. Die Häuser, aneinander gewachsen, alle mit dem gleichen Gesicht, unterscheiden sich voneinander nur im Aquarell ihres Anstriches. Da liegt das himmelblaue Haus neben dem zitronengelben, das

nen Orten, jeder in seinem Land, den gleichen Auftrag übernommen: am Stadtrand eine Reihensiedlung von zehn Einfamilienhäusern schlüsselfertig zu bauen. Da sie zusammen an der Sorbonne studiert hatten, denselben modernen Stil bevorzugten, nämlich Raum zu sparen und Licht und Luft einzufangen, und sie sich auf den internationalen Kongressen, auf denen sie sich Preise holten, oft trafen, so daß die alte Freundschaft in all den dazwischenliegenden Jahren nicht minder geworden war, beschlossen sie, diesmal um die Wette zu bauen. Der Auftrag wurde beiden Architekten zur gleichen Stunde gegeben, jetzt galt es, die eigene Tüchtigkeit zu beweisen.

Wer baut, braucht Geld. Das Geld für beide Bauvorhaben lag bis zum letzten Heller auf der Bank. Welch herrlicher Zustand, welche angenehmen Möglichkeiten für einen Architekten. Zum Bauen gehört aber nicht nur Geld, sondern

auch Material: Ziegel, Riegel, Kies, Kalk, Sand, Zement, Dachplatten, Wasserrohre, Closschüsseln, Waschbecken, Badewannen, Herde, Bretter und Balken, Türstöcke und Fensterflügel. Auch dies wurde beiden Baumeistern zur gleichen Stunde angeliefert, es fehlte nicht ein Nagel und kein Schraubchen. Es war ein ehrliches handicap.

Die Wette lief.

Nach einigen Monaten depechierte der Italiener, der hinter Mailand seine Siedlung baute:

„Noch achtundvierzig Stunden und wir sind fertig.“

Der deutsche Baumeister, der hinter München seine Baustelle hatte, depechierte zurück:

„Noch achtundvierzig Formulare, Gesuche, Begehungen, Kommissionen, Planänderungen, Genehmigungen, Sitzungen und Städteblickauflagen und wir können beginnen.“



himbeerfarbene folgt dem resedagrünen, cyclamenrosae Fassaden wechseln mit lavendelblauen Häuserfronten. Wer will, mag so wohnen. Wer wohnen will, muß so wohnen.

Ein italienischer und ein deutscher Baumeister, zwei junge begabte Architekten, hatten nun zur gleichen Stunde an zwei verschiede-

